Einzelnummer 1 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 34. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischer Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Freitag, 18. II. 1921.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Abonnement monatl. K 7.— ¼jährl. K 20.—

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt sondern als Zentralorgan dazu berufen den nationalen kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 80 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

10. Adar 5681.

Keren Hajessod.

Aktion in Oesterreich.

Das Zionistische Landeskomitee in Oesterreich ist sich schon bei seinem ersten Zusammentritt nach der Londoner Jahreskonferenz über die Richtlinien seiner Arbeit für den Keren Hajessod in den wesentlichen Punkten klar geworden und hat sie der Arbeit für den Keren Hajessod zugrunde gelegt. Die Organisierung der Arbeit für den Keren Hajessod wurde nach einem Besuch des Sekretärs des Hauptbureaus des Keren Hajessod in Angriff genommen und die Aktion für den Keren Hajessod in zwei Teile geteilt: in eine Aktion unter den Zionisten und Zionistenfreunden und die Aktion unter den Nichtzionisten auf der anderen Seite. Die Aktion für die zweite Gruppe hat noch nicht begonnen.

Für die Aktion unter den Zionisten Oesterreichs hat das Landeskomitee zunächst eine kleine Kommission eingesetzt, die unter Leitung des Oberrabbiners Dr. Chajes steht. Diese Kommission befaßt sich insbesondere mit der Bearbeitung der wohlhabenden Zionisten, während die Arbeit in der breiten Organisation den einzelnen Bezirkssektionen und Ortsgruppen übertragen wurde, die besondere Keren Hajessod-Komitees einzurichten haben. Die Aktion wird grundsätzlich durchaus individuell geführt, bis alle nicht gänzlich Vermögenslosen herangezogen sind. Erst an diese wird ein allgemeiner Appell gerichtet werden. Dieses Arbeitssystem verlangt eine sehr genaue Vorbereitung. Dazu gehört zunächst die Errichtung einer Anzahl von Bezirkssekretariaten. Um die Kosten des Administrationsbudgets zu decken, hat der Parteitag der österreichischen Zionisten den Antrag der Leitung angenommen, daß die gewöhnlichen Verwaltungskosten des Keren Hajessod aus den Mitteln des österreichischen Landesverbandes gedeckt werden sollen.

Das voraussichtliche Resultat der bisherigen Arbeit des unter Leitung von Dr. Chajes stehenden Komitees wird auf etwa 20 Millionen beziffert.

Die österreichischen Zionisten sind überzeugt, daß das Judentum Oesterreichs seine Pflicht gegenüber dem Keren Hajessod tun wird. Der Parteitag der österreichischen Zionisten hat den Maßser als Richtschnur für die Arbeit akzeptiert und die schärfsten Maßregeln gegen diejenigen Zionisten beschlossen, die ihrer Arbeits- und Beitragspflicht dem Keren Hajessod gegenüber nicht nachkommen.

Das Mandat.

In unserer letzten Nummer konnten wir auf das endlich veröffentlichte Palästinamandat nicht näher eingehen, da uns der Text erst unmittelbar vor Redaktionsschluß zugekommen war. Aus den gleichzeitig und seither eingelangten Londoner Pressestimmen ist zu erkennen, daß sich die schon vor einiger Zeit angesponnene Kontroverse über das Mandat anläßlich seiner Veröffentlichung in schärferer und entschiedenerer Form entwickelt als dies vorher der Fall gewesen ist. Den Chor der Opposition führt wie üblich der „Jewish Chronicle“, das große englisch-jüdische Familienblatt, das stark zionistisch orientiert ist, aber innerhalb des zionistischen Gedankenumkreises mehr nach der Seite Zangwills und seiner Freunde als nach der Weizmanns und der Zionistischen Exekutive neigt. Als erste entschieden mandatsfreundliche Aeußerung bringen wir an anderer Stelle dieses Blattes einen Artikel der „Times“, eines Blattes, das immer für die zionistische Politik eingetreten ist. Es ist charakteristisch, daß dieser Artikel keineswegs bedingungslos die Mandatsbestimmungen gutheißt, daß er einige wichtige Ausstellungen machen zu müssen glaubt und daß er in jenen Punkten, die er billigt, doch sich auf der Linie einer ziemlich ausgesprochenen Defensive bewegt.

Wenn wir unbeeinflußt von diesen Meinungen das Mandat zum Gegenstand unserer Betrachtung machen wollen, so müssen wir zunächst feststellen, daß es ganz entschieden **nicht** das ist, was man als die „Magna Charta des jüdischen Volkes“ bezeichnen könnte, daß es den Juden und der Zionistischen Organisation gegenüber eine Politik festhält, die man mit den politischen Maximen des aufgeklärten Absolutismus im 18. Jahrhundert vergleichen könnte, eine Politik der obrigkeitlichen Bevormundung zum Wohle der Untertanen — so wie eben die hohe Obrigkeit das Wohl der Untertanen zu verstehen beliebt. Es liegt in der Natur der Dinge und wir verraten nur das Geheimnis des Polichinell, wenn wir feststellen, daß die ersten Entwürfe des Mandates in dieser Beziehung ganz unvergleichlich besser gewesen sind als der vorliegende, und daß selbst der schon durch einen mehrfachen Verschlechterungsprozeß hindurchgegangene Entwurf, der im Juli des vorigen Jahres der zionistischen Jahreskonferenz bezw. ihrer politischen Kommission vorlag, sich immer noch in wesentlichen Punkten sehr vorteilhaft von dem jetzt veröffentlichten Aktenstücke unterschied. Wir begreifen, daß die englische Regierung, die nicht nur unsere Wünsche zu erfüllen, sondern auch auf die Stimmungen der Mohammedaner in Palästina und besonders in Indien und auf die nach ganz anderen Richtungen zielenden Tendenzen ihres französischen Verbündeten Rücksicht zu nehmen hat, sich gezwungen sah, manches von den zionistischen Forderungen „abzuhandeln“. Aber so weit hätten diese mannigfachen Rücksichten nicht gehen dürfen, daß in dem Mandate jedes Wort ausgemerzt wurde, das auf den künftigen Zustand Palästinas als der nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes etwas mehr Licht warf als der trübe Zwieschein ist, den wir heute mühsam zwischen den Zeilen des Mandates suchen müssen. Es ist vielleicht heute noch nicht an der Zeit, die einzelnen Bestimmungen restlos auf ihren Feingehalt zu prüfen, da das Mandat ja aus dem Stadium der internen Beratungen noch nicht herausgekommen ist und seine Bestätigung durch den Völkerbund an den etwas problematischen Termin der Ratifizierung des Vertrages von Sevres geknüpft ist, der seinerseits auf einer demnächst in London stattfindenden Konferenz erst noch einer Revision unterzogen werden soll. Vielleicht ist es auch gar nicht unsere Aufgabe, diese genaue Prüfung vorzunehmen, und wir dürfen auf die Meinungsäußerung der Zionistischen Leitung warten, von der wir uns allerdings bei dem völligen Fehlen eines brauchbaren Presseorgans dieser Leitung nicht allzu viel versprechen können. Aber das halten wir für unsere Pflicht, schon heute zu sagen, daß uns das durch viele Monate mit dem Schleier eines undurchdringlichen Geheimnisses umgebene und nach langem, langem Harren enthüllte Mandat schwer enttäuscht hat.

Für uns ist das kein Grund, mutlos zu werden. Unsere Sache ist nicht abhängig von dieser oder jener politischen Konstellation und wir haben immer wieder betont, daß wir es ablehnen, den Zionismus zu einem Exponenten des großbritannischen imperialistischen Systems machen zu lassen. Was wir von England verlangen und erwarten, das ist wohlwollende Förderung unserer Arbeit, und in dieser Beziehung hat uns das, was England seit dem Tage von San Remo **getan** hat, mehr befriedigt, als das, was es **ausgesprochen und zugesichert** hat. Vielleicht ist es wirklich so, wie die Kenner englischer Politik behaupten, daß dort die Formulierungen, die schwarz auf weiß niedergelegten Abmachungen immer erst den Taten nachfolgen. Und eines hätte uns immer klar sein müssen und muß uns immer klar bleiben: selbst bei der wohlwollendsten Haltung Englands, selbst bei der glänzendsten politischen Lage, selbst nach den herrlichsten, nach unseren ausschweifendsten Wünschen gemodelten Bestimmungen eines idealen Mandates läge der Schlüssel des Erfolges immer in unseren eigenen Händen. Was **wir** aus diesem Mandate machen werden — und wenn es uns wenig zusichert, so nimmt es uns doch keine Möglichkeiten — das wird das jüdische Palästina sein; so viel wir aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln auf dem Boden Palästinas schaffen werden, das wird unseren stärksten Anspruch auf die ersehnte Heimstätte bilden. Das Mandat, wie immer es sei, gibt uns die Möglichkeit zu arbeiten; nützen wir sie aus, beweisen wir, daß wir unseren eigenen Forderungen gewachsen sind — und Palästina ist unser.

H.

Das Palästina-Mandat in der englischen Presse.

Man schreibt uns aus London:

Die Veröffentlichung des Mandatsentwurfs ist durch den Jewish Chronicle geschehen und nicht auf einem offiziellen Weg. Darum hat die allgemeine englische Presse die Veröffentlichung nicht in solcher Weise vorgenommen wie es geschehen wäre, wenn ihr die Mandatsbestimmungen auf offiziellem Wege der ganzen Presse zu gleicher Zeit, zur Veröffentlichung übergeben worden wären. Die Art der Veröffentlichung beeinträchtigt natürlich auch die Beurteilung der Bedeutung des Mandatsentwurfs durch die verschiedenen Zeitungen. Die „Daily News“, das führende liberale Organ Londons, widmet einen großen Teil seines Kommentars einer Kritik des Rats des Völkerbunds, der in Genf eine offizielle Bekanntgebung der ihm zugegangenen Mandatsentwürfe abgelehnt und so die Möglichkeit geschaffen hat, daß der Entwurf in einer Bedeutung des Aktes nicht angemessenen Weise durchsickert ist. Immerhin sind eine Anzahl von Pressestimmen zu verzeichnen, die einen Rückschluß auf die Beurteilung des Mandats in der englischen Oeffentlichkeit gestatten.

Ein Moment ist von besonderem Interesse: es war von vornherein anzunehmen, daß die Veröffentlichung des Mandatsentwurfs eine außerordentlich scharfe Kritik in jenen politischen Kreisen, bezw. Redaktionen, auslösen würde, die nicht nur in einem prinzipiellen politischen Gegensatz zur gegenwärtigen englischen Regierung stehen, sondern ihren Kampf hauptsächlich mit den Anklagen führen, daß die Regierung den englischen Steuerzahler allzusehr belaste und auf Kosten des englischen Staatssäckels unangemessene Verpflichtungen auf sich nehme. Bezeichnenderweise ist die erwartete Kritik dieser Art wenn nicht ausgeblieben, so doch viel schwächer als es zu

---

Feuilleton.

Ein jüdischer Künstler.

An einem der Spree-Arme, deren sanftes Fließen zu betrachten dem gehetzten Blick des Berliners wohltut, erhebt sich nahe den kahlen Tiergartenbäumen ein düsterer Ziegelbau. Wie eine Fabrik oder eine Kaserne sieht das hohe Gebäude vor dem Besucher, der die Kieswege des Straßengartens durchschritten hat. Oeffnet man eine der schweren Eisentüren, so fällt der Blick auf die große Adressentafel im Hausflur. Jetzt merkt man erst, daß man ein Künstlerheim betreten hat, das sich freilich in seiner Schmucklosigkeit nach außen hin nicht als solches verrät. An sechzig Ateliers sind hier untergebracht, Maler, Bildhauer, Radierer, Zeichner wirken hier in einträchtiger Hausgemeinschaft und sie haben die ursprünglich kahlen Räume mit künstlerischer Phantasie reicher ausgeschmückt, als das äußere Bild dieses Häuserblocks vermuten ließe.

Hier lebt auch Josef Budko, der Schöpfer vielbewunderter jüdischer Graphik. Er lebte einst wohl mehr im Banne der biblischen Visionen, die er mit der Radiernadel auf kleinen, zarten Blättern nachzubilden liebte, als in der umgebenden Wirklichkeit. In der Wilnaer Kunstschule, wo der Vierzehnjährige die Geheimnisse der Kupferstichtechnik kennen lernte, erwarb er sich die handwerksmäßige Grundlage seiner graphischen Kunst. Aber auch späterhin verließ ihn die Vorliebe für die Pflege künstlerisch-technischer Arbeit nicht und er hat sich viele Jahre mit dem Ziselierhandwerk und mit Metalltreibarbeiten beschäftigt. Als er sich später vor allem der Radierung zuwandte, blieb ihm der Blick für die praktische Anwendung seines Schaffens, so daß die zahlreichen Darstellungen biblischer Themen meist als Buchillustrationen zur Verwendung gelangen konnten. Sie schmücken jetzt in sorgfältiger Auswahl die Wände seines hochfenstrigen Arbeitsraumes und geben einen guten Ueberblick über die verschiedenen Zeitperioden seines Schaffens.

Aber auch in diesen stillen Raum drangen die Schrecknisse des brüderlichen Martyriums der letzten Jahre. Es kamen gequälte Landsleute aus dem Osten, es kamen ekstatisch Anklagende, wild Verzweifelte und todestraurige Resignierte. Sie erzählten von grauenhaften Schicksalen und verloren sich wieder. Aus ihren Gesichtern formte der Bildner das Antlitz des Volkes, groß im Leiden, erregend im Schrei der Verzweiflung, beklemmend im Ausdruck tiefster Ermüdung und Erschlaffung. Eine Reihe von Holzschnitten, in denen stärkster Ausdruck die begrenzte Fläche erfüllt, wurde zum Spiegelbild der im Künstler wachgerufenen Gefühle. Es ist nicht die ruhige Abgeklärtheit von einst, die sich auch am Spiel des Ornaments vergnügen konnte. Der Mensch als Gegenstand der Darstellung ist wieder voll in seine Rechte getreten. Diese jüdischen Köpfe, meist von tiefer Schwarzwirkung, mit spärlicher weißer Konturierung, gehören schon dem Expressionismus an, wenn diese Schablonisierung überhaupt am Platz ist. Die Notwendigkeit der schönen Form beugt sich vor der zwingenden, primären Kraft des Ausdrucks. Erleben und Wirken ist zunächst alles. Dessenungeachtet hat ein großer Formwille die Architektonik dieser Blätter bestimmt und damit monumentalere Wirkung ermöglicht, als sie sonst dem Kleinformat zukommt.

Zur Erholung gleichsam nach der anspannenden Arbeit an so visionären Gestaltungen nimmt Budko gerne das halbfertige Modell einer neuen Nationalfondsbüchse vor, das, sauber in Gips abgedrückt, seiner Vollendung entgegensieht. Ein Markenentwurf daneben zeugt gleichfalls von dem lobenswerten Bestreben, die offiziellen Kundgebungen der jüdischen Oeffentlichkeit mit dem Werke jüdischer Künstler zu zieren. Die Zeit, wo die jüdische Kunst im eigenen Staatswesen die ihr gebührende Stellung wird einnehmen können, ersehnt Budko wie keiner. Er hat auch jetzt schon nicht wenig dazu getan, um den in Berlin lebenden jüdischen Künstlern soziale Hilfe zu schaffen. Immer wieder kommt er auf seine Schöpfung zurück, auf deren Gedeihen er stolz ist und die seiner organisatorischen Kraft alle Ehre macht. Es ist der „Bund ostjüdischer Künstler“ in Berlin, der einzig aus Budkos Initiative entstanden ist. Nach wenigen Wochen des Bestehens verfügt er bereits über eigene Atelierräume, in denen Akt gezeichnet werden kann und ein streng geregelter und wohl überwachter Studienbetrieb herrscht. So mancher Maler, der bisher Raubbau an seiner Begabung getrieben hat, ist zu Budko gekommen, um wieder die Wonne fördernder, zielbewußter Arbeit kennen zu lernen. Doch ist dies lange nicht alles. Auch für Kleider und Nahrung wird gesorgt, der Einfluß des in offiziellen Kreisen hochgeschätzten Leiters des Bundes hat für manchen in dem Kreise der jungen Künstler die behördlichen Aufenthaltsschwierigkeiten abzuwehren vermocht, so daß dieser Bund nach allen Richtungen hin den stärksten Rückhalt für die künstlerisch freie ostjüdische Kolonie bietet. Die Gattin des Künstlers selbst waltet als guter Engel des Bundes in seiner Mitte und ist aus vollen Kräften bemüht, das schöne Werk zu gedeihlichster Entwicklung zu bringen. Bald dürfte auch eine repräsentative Ausstellung lehren, wie fruchtbar bisher dieser Zusammenschluß gewesen ist, auf den man in Berlin bereits aufmerksam wurde. So zeigt sich in der Metropole Deutschlands im einzelnen wie in der gemeinsamen Arbeit festestes Hinwirken auf ein von reinem jüdischen Geist erfülltes Kunstziel. Die Versprengten halten gleichwohl am Heimatboden fest. Und die Intention ist, unter Besinnung auf das nationale Erbgut der neuen Kunst im neuen Lande mit allen Kräften der Persönlichkeit zu dienen.

Dr. Konrad Maril, Berlin.

erwarten war. Zum Teil ist dies dadurch zu erklären, daß gleichzeitig auch der Mandatsentwurf für Mesopotamien veröffentlicht worden ist und daß die auf Grund dieses Mandats für England erwachsenden materiellen Verpflichtungen ungleich viel größer sind als im Falle Palästina. Auf die vergleichs- hingewiesen, daß die Lasten in Bezug auf Palästina hat unter anderem der „Evening Standard" hingewiesen. Die „Times" hat in ihrer Beurteilung des Palästina-Mandats überhaupt nicht den Gesichtspunkt der „Verschwendung" gegen die Regierung ins Treffen geführt und im Gegenteil darauf darauf hingewiesen, daß die Lasten in Bezug auf Palästina in nicht zu ferner Zeit zu einem Ende kommen werden wenn auf Grundlage des Mandats eine systematische Immigrationspolitik jüdische Massen ins Land bringt und so das Entstehen eines selbständigen Staates durch die Ausnutzung der materiellen und geistigen Kräfte des jüdischen Volkes beschleunigt. Dies ist deshalb bedeutsam weil sonst die „Times", das Hauptorgan von Lord Northcliffe, in der ganzen Anti-waste Campagne gegen die Regierung führt. Die „Times", die seit Jahren die zionistischen Forderungen unterstützt, hat eben ihren Lesern einen Wechsel in der Politik nicht zumuten können, dagegen hat allerdings die ebenfalls Lord Northcliffe gehörende „Daily Mail", die sich in der Anwendung demagogischer Schlagworte mit Rücksicht auf ihren Leserkreis keine Rücksicht aufzuerlegen braucht, nicht darauf verzichtet, zu betonen, daß die Uebernahme des Mandats eine ungerechtfertigte Belastung der englischen Finanzen bedeutet. Die „Morning Post", die seit jeher die zionist. Bestrebungen bekämpft und hiebei wie in der Beurteilung jüdischer Angelegenheiten überhaupt keine Waffe aus der antisemitischen Rüstkammer verschmäht, hat in ihrem Kommentar zu den Mandatsbestimmungen zunächst auf nichts anderes hinzuweisen als darauf, daß der Entwurf wie man gerechter Weise zugeben müsse, alle Bedenken entkräftet als ob die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte eine Gefährdung der Rechte der Nichtjuden in Palästina bedeutet. Allerdings glaubt die „Morning Post", daß das Mandat die extremen Forderungen der Zionisten nicht befriedigen dürfte, die darin bestanden hätten die nichtjüdischen Einwohner Palästinas ihrer bürgerlichen und religiösen Rechten zu berauben — ohne ihren Lesern die Wahrheit mitzuteilen, daß derartige Forderungen niemals von zionistischer Seite erhoben worden sind. Eine der wichtigsten Pressestimmen ist der Kommentar des „Daily Chronicle", ist doch der „Daily Chronicle" wegen seiner besonderen Beziehungen zu Lloyd George gewissermaßen ein offiziöses Sprachrohr. Der „Daily Cronicle" weist darauf hin, daß das Mandat formal solange nicht in Geltung ist, als die Billigung des Rats des Völkerbundes aussteht. Im übrigen aber sei das Mandat nichts anderes als das formale Rechtsdokument, das die Vollmachten und Verpflichtungen des Mandatars feststellt, wie sie schon von England übernommen worden seien. Es wird hiebei darauf hingewiesen, daß die Prinzipien der Palästina-Verwaltung von Sir Herbert Samuel schon früher klar auseinandergesetzt und im Parlament besprochen worden seien. Dies deutet darauf hin, in welcher Weise die Regierung vielleicht event. Interpellationen im Parlament über die im Mandatsentwurf formulierte Politik begegnen dürfte, solange das Parlament nicht aufgefordert wird, das Mandat nach erfolgter Billigung durch den Völkerbundsrat auch seinerseits zur Kenntnis zu nehmen. Der „Daily Chronicle" weist darauf hin, daß das Palästina-Mandat seine Besonderheit durch die Maßnahmen erhält, die für die Errichtung des nationalen Heims für das jüdische Volk erforderlich sind, und unterstreicht die Bedeutung der Tatsache, daß die Zionistische Organisation als eine öffentliche Körperschaft zur Behandlung aller die jüdischen Interessen berührenden Angelegenheiten anerkannt ist. Außerdem sei natürlich der besondere Umstand zu beachten, daß sich in Palästina die heiligen Stätten befinden und daß in Palästina drei offizielle Sprachen, englisch, hebräisch und arabisch, anerkannt werden.

Die Uebersicht über die Stimmen der englischen Tagespresse zeigt, wie die englische Oeffentlichkeit die Mandatsbestimmungen aufnimmt. Natürlich werden noch andere Stimmen folgen, insbesondere in den politischen Zeitschriften und Revuen. Man wird auch nicht überrascht sein dürfen, wenn einzelne Zeitungen in der nächsten Zeit Zuschriften aus dem Leserkreis veröffentlichen werden, die einer scharfen Kritik der Bestimmungen Raum geben, aber auch solche kritische Aeußerungen werden den Eindruck nicht verwischen können, daß die erste Aufnahme des Mandatsentwurfs in der englischen Presse eine günstige gewesen ist. Dies wird sicherlich nicht ohne Einfluß auch auf die Behandlung im Parlament sein.

„Times" über das Mandat.

Die „Times", das führende Northcliffe-Blatt, schreiben am 4. Februar, nach der Veröffentlichung des Textes des Palästinamandates:

Die Bestimmungen des Palästinamandates, die wir gestern veröffentlichten, wurden bekanntlich lange hin und her beraten, sie legen aber in ihrer endgültigen Form Bedingungen fest, die für Freiheit und Fortschritt des Landes und für die Erfüllung von Mr. Balfours Versprechen, Palästina solle ein nationales Heim für die Juden werden, notwendig sind. Der Ausdruck „nationales Heim" hat uns niemals glücklich geschienen; denn während die einen (und auch wir) ihn dahin ausgelegt habe, daß er bedeute, die palästinensische Staatsnation, die heute ein Gemisch von verschiedenen Rassen und Bekenntnissen ist, solle so sein, daß die Juden eines Tages in der Lage sind, sie ihr eigen zu nennen, haben andere die Zusage viel enger ausgelegt. Das Mandat wiederholt den Ausdruck nur, ohne ihn zu definieren; aber im ganzen und trotz der Einwände des „Jewish Chronicle" scheint es uns der weiteren und großzügigeren Auffassung zuzuneigen. Es spricht in der Einleitung von der „historischen Verbindung" der Judenheit mit Palästina und von der „Wiederaufrichtung" eines nationalen Heimes für die Juden dort; und in späteren Absätzen anerkennt es die zionistische Organisation, „so lange ihre Organisation und Verfassung angemessen sind", als eine Körperschaft, die die Regierung beraten und unterstützen soll in allen Angelegenheiten, die jüdische Interessen im Lande berühren, ganz besonders aber auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten. Die Bestimmung der politischen Rechte und Pflichten dieser Beratungskörperschaft ist vernünftig lose umschrieben; die die öffentlichen Arbeiten behandelnde Bestimmung ist ganz besonders wichtig, weil jüdische Arbeitskräfte und jüdisches Geld, angewendet zur Verbesserung dieses arg vernachlässigten Gebietes, wohl die besten Bindemittel für die neue palästinensische Nationalität werden könnten. Die Auffassung, welche die Juden bloß als Bittsteller ansieht, die mit leeren Händen vor der Tür stehen und um Privilegien betteln, ist sowohl ungerecht als auch kurzsichtig. Im Gegenteil, sie bringen vieles mit. Es ist nichts geringes, die Einbildungskraft einer so fähigen und so weit verbreiteten Rasse, wie die Juden sind, zu wecken und die britische Regierung wird so gut wie gänzlich auf die Zionistische Organisation angewiesen sein, wo es sich darum handelt, unsere Botschaft zu verdolmetschen und Begeisterung in praktische Bahnen zu dämmen. Wir wollen, daß in Palästina eine Staatsnation entsteht, weil es nur so fähig ist, auf eigenen Füßen zu stehen, und ohne die Hilfe der Juden kann dort eine Staatsnation nicht werden. Auch den Arabern bringen die Juden die Gaben des Geldes und der Arbeitskraft, so wie sie ihnen einst in den Tagen ihrer politischen Größe gedient haben. Das Mandat enthält weitgehende Vorkehrungen zum Schutze aller bestehenden Rechte und absoluter Gleichheit der Rassen und Bekenntnisse und der Araber, der damit zufrieden ist, daß er erst Palästinenser und erst in zweiter Linie Araber ist, wird seinen vollen Anteil am Gedeihen des Landes und an jeder politischen Auszeichnung haben, die er erreichen kann. Es wäre unklug von ihm, wenn er sich von Antisemiten in England oder sonstwo für deren eigene Zwecke mißbrauchen ließe.

Zwischen Mesopotamien und Palästina ist ein sehr großer Unterschied. Beide sind gegenwärtig eine Last für den Staatsschatz, aber im Falle Palästinas ist die Last sehr viel leichter und es besteht sichere Aussicht auf eine nahe Erleichterung. Die Bestimmung des Mandates, die freiwillige Anwerbung lokaler Truppen vorsieht, wird gerne zur Kenntnis genommen werden. Andererseits ist Palästina im Gegensatz zu Mesopotamien nirgends fern vom Meere, seine Landesgrenzen sind kurz und nicht schwer zu schützen. Aus offenkundigen Gründen können wir in Palästina mehr Geduld zeigen als man dies vernünftigerweise in Mesopotamien von uns erwarten kann. Gleichzeitig müssen wir die Idee eines Palästina, das fähig ist auf eigenen Füßen zu stehen und sich selbst zu schützen, immer vor Augen haben und müssen immer auf dieses Ziel hinwirken. Es gibt keinen Weg zum Erfolg außer durch eine kluge Politik jüdischer Einwanderung, welche durch Verknüpfung mit den Arabern eine starke palästinensische Nationalität bilden wird, und es ist einer der Fehler des Mandates, daß dieses Streben nach einem künftigen freien Gemeinwesen in Palästina nicht ausdrücklich festgelegt ist.

Die Londoner Konferenz.

Das Organ des britischen Palästinakomitees „Palestine" veröffentlicht am 29. Jänner und 5. Februar zwei Leitartikel über die bevorstehende Londoner Konferenz, die zum Teil der Revision des türkischen Friedensvertrages gewidmet sein soll. Wir entnehmen den Artikeln folgende Stellen:

Diese internationalen Konferenzen sind dadurch ausgezeichnet, daß sie eifrig für ihre Nachkommenschaft sorgen. Kaum hat eine begonnen, so wird gleich ein Teil ihrer Beratungsgegenstände ausgeschieden und für künftige Konferenzen vorbehalten. So hätte bei der neulichen Konferenz in Paris das künftige Verhältnis Konstantinopels, der Vertrag von Sevres und unsere Politik gegenüber Mustapha Kemal behandelt werden sollen. Statt dessen wurden diese Gegenstände einer Konferenz zugewiesen, die voraussichtlich am 21. Februar in London zusammentreten wird. Diesmal sind die Vertreter von Griechenland und der Türkei eingeladen und es wird wahrscheinlich zugestanden werden, daß unter den türkischen Vertretern auch Abgesandte Mustapha Kemals erscheinen. Lloyd George hat hat sich bisher den Bestrebungen nach einer Annäherung Mustapha Kemal gegenüber ablehnend verhalten, scheint aber jetzt seine Meinung unter dem Eindruck der Haltung Frankreichs und Italiens revidiert zu haben, um eine Politik des Ausgleiches nach allen Seiten zu befolgen.

Für diese Politik läßt sich sehr viel sagen und es erhebt sich sich nur die Frage, ob sie nicht noch vollständiger und noch logischer durchgeführt werden könnte. Die Türkei, Griechenland und die Ententemächte sind nicht die einzigen, die an der Regelung der Orientfragen interessiert sind. Ebenso beteiligt sind Palästina, Armenien, die neuen arabischen Staaten in Arabien selbst und in Mesopotamien und vor allem Rußland. Soll es zu einer wirklichen Ausgleichung der Meinungen im Orient kommen, so müßten all diese in der einen oder in der anderen Form bei der Londoner Konferenz vertreten sein.

Der natürliche Vertreter von Palästina und Mesopotamien ist England als Mandatarmacht. Da Großbritannien aber noch eine Menge anderer Interessen zu vertreten hat, müßte der mittlere Orient bei der Konferenz entweder durch Mitglieder der Regierungen von Palästina und Mesopotamien oder durch den neuen Leiter des Kolonialamtes Churchill selbst vertreten sein. Churchill wird aber im Februar auf einer Reise in Mesopotamien (und voraussichtlich auch Palästina) sein und deswegen wäre es gut, die Konferenz etwas zu verschieben. Ohnedies sind die Dinge im Orient nicht immer richtig angepackt worden und auf vielen Seiten hat man eine gewisse Angst vor endgültigen Bestimmungen, die allzu hastig getroffen werden.

Diese Argumente gelten mit besonderer Stärke für Rußland. Nächst England ist Rußland die stärkste Orientmacht und wird es auch ganz sicher bleiben. Welche Hoffnungen kann man auf eine Regelung des Orients setzen, an der Rußland nicht teilnimmt? Im Augenblick, wo es seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker wieder einnimmt — und dieser Augenblick kann nicht allzufern sein — wird es seine Meinung sagen und dann wird entweder eine neuerliche Revision nötig sein oder ein Zustand der Unruhe eintreten, der ernste Folgen haben kann. Warum sollte nicht ein Vertreter Rußlands der Konferenz beiwohnen? An der Zukunft der Dardanellen ist es unmittelbarer interessiert als irgend eine andere Macht; für Armenien ist es der natürliche Mandatar; ohne Einverständnis Rußlands kann es in Nord-Mesopotamien weder für uns noch für die dort entstehende arabische Zivilisation Sicherheit geben.

Gegen die Zulassung Rußlands gibt es einen Einwand, daß nämlich seine Einladung einer Anerkennung seiner Regierung gleichkäme. Diesen Einwand können wir nicht anerkennen. Würde er gelten, so hätte man auch keine Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages anknüpfen können. Wenn man Vertreter von Mustapha Kemal zuläßt, so kann man solche Rußlands logischerweise nicht ablehnen. Mustapha ist heute da und kann morgen schon verschwunden sein, während Rußland unter allen Umständen und immer die stärkste Macht des asiatischen Kontinents bleibt.

•

Es kann für sicher gelten, daß, wie immer der Vertrag von Sevres bei der Konferenz in London geändert wird, eine Aenderung des politischen Zustandes von Palästina und Mesopotamien nicht in Frage kommt. Sie bleiben getrennt vom türkischen Reich, sie bleiben unter der Souveränität des Völkerbundes und werden von Großbritannien als Mandatar verwaltet werden.

Von der Konferenz in London haben wir zunächst zu erwarten, daß sie damit beginnt, eine reinliche Scheidung zwischen den Teilen des türkischen Friedensvertrages zu ziehen, die keinesfalls geändert weden sollen, und jenen, deren Aenderung durch Verhandlungen angestrebt werden soll. Die erste Aufgabe der Konferenz wird sein, Palästina, Mesopotamien und Syrien von den Gegenständen, die in irgend einer Konferenz, an der die Türkei teilnimmt, behandelt werden können, auszuscheiden. Eine kurze Erklärung, die die bisherige Politik der Mächte in Bezug auf diese früher ottomanischen Länder bestätigt, und die entschiedene Forderung nach unverzüglicher Ratifizierung der auf diese Länder bezüglich. Teile des Friedensvertrages als Bedingung für die Gültigkeit aller Abänderungen in den übrigen Teilen des Vertrages würde viel Zeit sparen und sehr zur Beruhigung der Gegenden des Mittleren Orients beitragen, in denen es eine türkische Bevölkerung nicht gibt. Wollen die Türken dem nicht beistimmen, so ist es klar, daß durch ihre Zulassung zur Konferenz nichts gewonnen werden kann.

Brandeis über den amerikanischen Zionismus.

„Der fundamentale Unterschied."

Die amerikanisch-jüdische Zeitung „Der Tog" bringt in ihrer Nummer vom 10. Jänner eine Unterredung ihres Mitarbeiters mit Herrn Louis D. Brandeis über den Aufbau Palästinas und den Keren Hajessod.

Der Aufbau Palästinas, sagte **Brandeis**, ist die einzige den Juden Amerikas und der ganzen Welt bevorstehende Aufgabe. Palästina ist in vieler Hinsicht ähnlich wie Kalifornien; es ist nur durch die schlechte Wirtschaft verwahrlost worden. Wir haben nur das rohe Material und die Möglichkeit, das Land aufzubauen.

Die erste, wichtigste Arbeit ist

die Beforstung des Landes.

Ein Viertel Palästina muß mit Wäldern bedeckt werden, um die übrigen Teile gesund und fruchtbar zu machen. Diese Arbeit muß nur von jüdischen Händen gemacht werden, da sie von großer erzieherischer Bedeutung für die jüdischen Pioniere ist. Diese Arbeit ist ein gutes Mittel zur Akklimatisierung und zum Uebergang zu landwirtschaftlicher Arbeit.

Palästina verlangt jetzt die ganze Intelligenz und alle Mittel, die wir aufbringen können. Der Aufbau Palästinas ist mit vielen Problemen verbunden, die aber alle lösbar sind. Das wichtigste, was jeder Zionist, besonders ein amerikanischer Zionist, jetzt für Palästina tun kann, ist: hinzugehen, dort zu leben und Mittel zu suchen, um sich selbst auf eigene Faust seinen Lebensunterhalt zu erwerben, ohne Unterstützung irgend welcher Organisation. Keine Organisation ist imstande, das Land aufzubauen, aber 10.000 Juden mit ausgearbeiteten Industrieplänen, die bereit sind, ihr Geld in diesen Unternehmungen zu investieren und dafür zu sorgen, daß das Geld nicht verloren geht, werden Palästina aufbauen.

Die bisherige zionistische Arbeit in Palästina hat nur

die Araber bereichert.

Juden haben nur wenig Land gekauft, haben aber viel zur Verteuerung der Landpreise beigetragen. In den letzten drei Jahren haben die Zionisten in Palästina zirka zwei Millionen Dollar ausgegeben, und nichts hat man dort geschaffen. Wenn das Geld wenigstens in jüdischen Händen geblieben wäre! Aber nur die Araber haben davon profitiert.

Sehr viel müssen wir von den Arabern lernen, besonders was die

Anpassung an das Land

betrifft. Die Einwanderer bringen ihre Sitten aus Rußland und Polen mit sich, die für Palästina gar nicht passen. Sie essen z. B. viel Fleisch, obwohl das Klima ganz andere Speisen verlangt. Tiberias z. B. ist von Fischen überschwemmt, aber die Juden interessieren sich sehr wenig für den Fischfang. Anstatt sich dem Lande anzupassen, wollen sie ihre Gewohnheiten beibehalten in der Meinung, dies seien jüdische, während es in Wirklichkeit nur russische oder polnische Sitten sind. Die Juden haben nach Palästina nur Apfelsinen, Trauben, Oliven und Mandeln gebracht. Gemüse aber müssen sie bei den Arabern kaufen. Bis jetzt war keine Möglichkeit vorhanden, eine planmäßige Arbeit zu leisten. Jetzt muß jede Arbeit planmäßig und mit Rücksicht auf die Zukunft durchgeführt werden.

Von öffentlichen Geldern müssen die Kosten bestritten werden, die sich auf Besorgung, Bewässerung, öffentliche Bildung und ähnliche Ausgaben, die das ganze Land stärker und reicher machen, beziehen, von denen aber niemand außer dem jüdischen Volk selber Nutzen ziehen wird. Dagegen sollen Industrieunternehmungen, Bahnen und sonstige Unternehmungen, die das investierte Kapital mit der Zeit zurückbringen werden und vielleicht auch Zinsen bringen, — obwohl kein Zionist solche erwarten darf, — durch Investments oder Anleihen, die private Juden bei Banken aufnehmen, gegründet werden.

Nach dem Beschluß von San Remo kann es keine Frage

„Zionisten und Nichtzionisten"

mehr geben. Das ist eine rein akademische, oder, besser gesagt, historische Frage. Jetzt gibt es nur noch Juden, die alle zusammen Palästina aufbauen helfen müssen, und je mehr Juden, um so größer unsere Kraft, um so möglicher der Sieg. Möge jede Stadt, jede lokale jüdische Gemeinde es sich überlegen, was sie am besten zum Aufbau Palästinas beitragen kann: An Menschen, an Geld, an Industrieunternehmungen usw. Die Zionistische Orgnaisation muß die freie Initiative in dieser Arbeit walten lassen. Sie selbst kann nur Richtlinien geben und dafür Sorge tragen, daß die Arbeit nicht dupliziert wird, daß zwei Gruppen nicht zwei gleiche Unternehmungen gründen.

Palästina muß der Mittelpunkt unserer Arbeit werden.

In London sei er, Brandeis, dafür gewesen, daß man die Zentrale nach Palästina verlege. Man braucht in London kein Büro mit 118 Angestellten. Wenn sie alle fähig und nützlich sind, braucht man sie in Palästina. Man kann in London keine Pläne für Palästina machen, Pläne müssen aus Palästina kommen, hervorgerufen durch die lokalen Bedürfnisse und Bedingungen. Die Londoner Konferenz hat diesen Plan im Prinzip angenommen, hat ihn aber bis jetzt noch nicht durchgeführt.

Es scheint so, als ob zwischen den europäischen und amerikanischen Zionisten

ein fundamentaler Unterschied

in der Auffassung der gesamten Bewegung existiert. In Europa ist man an eine zentralistische Regierung gewöhnt. Alle Direktiven kommen von Petrograd oder Berlin, Paris oder Wien. Dazu mangelt es den osteuropäischen Juden an Erfahrung in Verwaltungsangelegenheiten. Das ist nicht ihre Schuld; sie waren bis jetzt zu den wichtigsten Regierungsämtern nicht zugelassen. In Amerika ist man mehr für die Dezentralisation und verlangt umsomehr Initiative von jedem einzelnen Bürger. Daher sehen es die osteuropäischen Zionisten gerne, wenn ein großes Büro in London die Arbeit in Palästina leitet. Der amerikanische Standpunkt ist aber der, daß alles, was Palästina direkt betrifft, in und durch Palästina selbst geschehen muß. Außerdem soll jedem Lande in bezug auf die lokale Arbeit freie Hand gelassen werden. In London braucht man nur ein kleines Komitee für die internationalen Verhandlungen.

Dieselbe Differenz zwischen Amerika und Europa besteht auch in bezug auf den Keren Hajessod. Der Keren Hajessod ist auf der Londoner Konferenz nicht als Resultat eines durchdachten und ausgearbeiteten Planes aufgenommen worden, sondern als Resultat sentimentaler Reden. Bei den Europäern kann man dadurch ihre Phantasie erregen; für Amerika ist das aber kein Arbeitsplan. Die europäischen Zionisten, die von jedem Juden sein Maaser verlangen, fühlen nur das, was sie sagen, aber sie überlegen es sich nicht, weil ein großer Teil der Juden, besonders der reichen, keine 10 Prozent abgeben werden. Amerikanische Zionistenführer können mit einer Forderung, die von vornherein undurchführbar ist, an ihre Genossen nicht herantreten.

Es ist überhaupt ein Fehler, wenn man die Funktionen der Zionistischen Weltorganisation dahin auffaßt, daß sie sich in die innerzionistische Tätigkeit eines jeden Landes hineinmischt. Jedes Land muß die Arbeit nach den lokalen Bedingungen und Umständen durchführen. Es ist sehr unpraktisch, von London aus zu diktieren, wie man in Amerika Geld zu sammeln hat. Die amerikanischen Zionisten wissen dies besser.

Es ist unmöglich, im voraus alle Einzelheiten des Aufbaus Palästinas zu bestimmen. Dazu gehört eine sehr reiche Phantasie. Es ist ein schwerer Weg bergan, und wir können nur Schritt für Schritt gehen, mit starker Energie und fester Entschlossenheit. Alles Gerede über soziale Gerechtigkeit und sonstige Parteiprinzipien im Zionsmus sind unnütz; man bäckt Brot nicht nach einem sozialistischem Programm und baut Häuser nicht auf misrachistische Art. All das muß nur auf einem Wege geschehen, auf dem jüdischen Weg, und der ist: zuerst nach Palästina gehen und dann erst Programme ausarbeiten.

Die amerikanischen Zionisten glauben an

amerikanische Methoden.

Sie haben größere Erfahrungen in der Verwaltung von großen Unternehmungen und in Regierungsangelegenheiten, und sie müssen handeln, wie ihnen ihr Verstand und ihre Erfahrung vorschreibt. Er selbst sei sehr überrascht gewesen, das Manifest des Keren Hajessod ohne die Unterschriften von Simon und de Lieme zu bekommen, die die Aufsicht über die Finanzen der Organisation innehaben. Das stempelt den Keren Hajessod zu einer separaten Organisation.

Die amerikanische Zionistische Organisation versucht die Sparsamkeit zuerst bei sich selbst einzuführen, um alle verfügbaren Gelder Palästina zu widmen. Die Arbeit in Palästina aber muß auf gute „Busines"-Art durchgeführt werden. Diejenigen, welche die amerikanische Organisation selbst der Verschwendung beschuldigen, verkennen die Umstände, unter denen sie arbeiten mußte. Es mußte seinerzeit schnell eine Regierung en miniature geschaffen werden. Es war schwer, fähige Menschen auszulesen; man mußte 100 Mann mit Arbeiten beschäftigen, die unter normalen Verhältnissen von 25 Mann gemacht werden können. Man mußte schnell eine halbe Million Unterschriften beschaffen, um den Rücken der Führer in England zu stärken. Da konnte man mit Geld nicht sparen. Die Hauptsache war, Zeit zu gewinnen. Jetzt aber muß alles wieder eingerenkt werden.

Eines ist den zionistischen Führern in Amerika klar: daß sie in Amerika kein Geld mehr beschaffen können, ohne die Sicherheit zu haben, daß das Geld

ausschließlich für den Bau Palästinas

verwendet wird. Auch die Juden anderer Länder müssen aus ihren Mitteln beisteuern und sich nicht auf Amerika allein verlassen. England hat reiche Juden, auf den Inseln und in den Dominions, Frankreich hat reiche Juden, und auch die anderen Länder müssen ihren Teil beitragen.

Oesterreich.

Adolf Stöhr gestorben.

Freitag, den 11. Februar, verstarb in Wien der O. Ö. Professor der Universität Adolf Stöhr, 66 Jahre alt. Mit ihm wird einer der originellsten und sympathischesten Persönlichkeiten der philosophischen Fakultät zu Grabe getragen. Lange Jahre plagte sich dieser Gelehrte, der König und nicht Kärrner der Wissenschaft war, als Privatdozent und Extraordinarius, weil kurzhirnige österreichische Unterrichtsverwaltung diesen nach oben ebenso geraden und festen, als nach unten leutseligen und liebenswürdigen Mann nicht ernennen wollte. Als nach dem Tode Laurenz Müllners und Friedrich Jodls zwei Lehrkanzeln der philosophischen Fakultät frei wurden, konnte man nicht anders und mußte Adolf Stöhr zum ordentlichen Professor ernennen und ihm eine der vakanten Kanzeln übertragen. Viel zu spät, um diesem Gelehrten die Ehre zu geben, die er verdiente. Dafür hat er destomehr im „Volksheim" wirken können. Ein ständiger Vortragender der volkstümlichen Universitätskurse, war er in Wien Begründer der Experimentalpsychologie, die nach eigenen Worten deshalb nicht anerkannt wurde, weil er nicht Physiologe war. Den Physiologen zuviel Philosoph, den Philosophen zuviel Physiologe, konnte er in Wien nicht festen Fuß fassen. Als totkranker Mann hielt er noch seinen Hörern auf der Klinik Wenkebach Vorlesungen, bis sein Geist erlosch. Sein trockener Humor, sarkastisch anmutend, konnte ihm keine Freunde erwerben, wiewohl er gerade als Lehrer ein milder Prüfer war. Seine während des Krieges neuerschienene „Logik" und „Psychologie", deren 2. Auflage er noch vor seinem Tode beenden konnte, hatte ihm viele Anhänger verschafft. Er war ein Gegner der kortikalen Empfindungshypothese und stellte dieser seine sensorielle Hypothese gegenüber, wobei er, sowohl in seinem Werke als auch in seinen Vorträgen stets betonte, daß der Name nicht von ihm, sondern von seinem Schüler Kolbenheyer stamme. Stöhr war nicht nur Philosoph, sondern auch hervorragender Mathematiker, Physiker und Sprachwissenschafter.

An die jüdischen Jugend-Organisationen!

In Wien wurde letztens ein Verbandssekretariat der „Haschomer-Hazair"-Organisationen in Palästina, Polen und Galizien gegründet, das sich unter anderen auch die Aufgabe gestellt hat, Vorbereitungen zur Schaffung eines Weltverbandes der Haschomer-Hazair und ihnen verwandten Jugendorganisationen zu treffen. Wir wenden uns daher an alle obgenannten Organisationen mit der Aufforderung, mit uns unverzüglich in Verbindung zu treten. — Zuschriften sind zu richten an die Adresse: Simon Wolf für Haschomer-Hazair, Wien IX., Währingergürtel 124/13.

Die „Neue Freie Presse" zum Zionismus.

Angesichts des Umstandes, daß das zionistische Problem ein Faktor der Weltpolitik geworden ist und völlig reale Formen anzunehmen im Begriffe ist, hat sich auch die „Neue Freie Presse" veranlaßt gesehen, ihre durch zwei Jahrzehnte systematisch geübte Totschweigetaktik aufzugeben. Sie veröffentlicht in ihrer Nummer vom 10. Februar einen Artikel aus der Feder von Professor Adolf Strauß von der orientalischen Akademie in Budapest, der das jüdisch-arabische Problem in Palästina in durchaus sympathischer Weise behandelt.

Die Bahn, die zu beschreiben ist, erscheint klar vorgezeichnet: ein enges jüdisch-arabisches Zusammengehen unter englischer Aegide, eine Aussprache der mächtigsten semitischen Völker von Mund zu Mund, die Festlegung eines gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Zukunftsprogramms. Der Krieg, der die Vereinigung der slawischen Klein- und Mittelvölker gefördert hat, dann in Asien zu einer Renaissance des Orients, zu einer Renaissanec der semitischen Völker führen. Die allgemein kulturellen, die geistigen, wirtschaftlihen und materiellen Energien, die das Judentum in der zweitausendjährigen Diaspora aus allen Teilen der Erde in sich aufgesogen und verarbeitet hat, bieten einen ungeheuren, lebendig fruchtbaren Schatz, der, dem brachliegenden, aber durchaus gesunden ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Jüdische Handwerker, Kaufleute, Finanziers, Architekten, Ingenieure, Aerzte, Künstler können eine neue Welt auf dem semitischen Untergrund des arabischen Volkes aufbauen helfen. Die arabischen Führer sollen dieser Erkenntnis zugänglich werden.

Strauß weist auf die uralten arabisch-jüdischen Beziehungen und die großen Leistungen eines Gabirol, Jehuda Halevi, Maimonides u. a. in arabischer Sprache sowie die verschiedenen Aehnlichkeiten zwischen den Riten der beiden Völker hin und fährt fort: „Was im Westen zu erreichen war, haben die Zionisten in rühmenswerter Arbeit erreicht. Nun hat die schwierigere, praktisch wichtigere Arbeit, die politische und soziale Versöhnung der Juden und Araber im Orient einzusetzen.

Die englische Politik scheint das jüdisch-arabische Problem als Zentralproblem der Palästina-Frage mit sicherem Instinkt aufzufassen. Der Generalgouverneur Sir Herbert Samuel ist auf seiner Inspektionsreise durch ganz Palästina von der mohammedanischen Bevölkerung mit der gleichen Sympathie begrüßt worden wie von der jüdischen. Er redete die Araber in ihrer Muttersprache an und betonte in seinen Aeußerungen unzweideutig die Zweckdienlichkeit des jüdisch-arabischen Zusammenarbeitens. Sir Herbert hatte in der kurzen Frist seines Schaffens in Palästina mit großem Können und mit selten raschem Erfassen der Kernfragen die Keime für die künftige Politik gelegt. Er ist the right man on the right place, und durch seine Entsendung hat Großbritannien gezeigt, daß es den Aufbau Palästinas als eine Aufgabe erster Ordnung behandelt und behandelt wissen will."

Aufruf.

Das „Allgemeine österr. israel. Taubstummeninstitut" in Wien III., Rudolfsgasse 22, besteht seit 1844 und hat bereits Hunderten gehörloser Knaben und Mädchen die Lautsprache gegeben und Erwerbsfähigkeit verliehen. Hunderte von Besuchern aus allen Ländern bekunden, daß die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit an unseren Zöglingen stets sehr hoch bewertet und geschätzt wurde. Seit dem Kriege droht diesem ältesten jüdischen Humanitätsinstitute Wiens, das auch das älteste jüdische Taubstummeninstitut der Welt war, der Untergang. Mit Mühe und unter den größten Schwierigkeiten wird es aufrecht erhalten, um nicht den zahlreichen unglücklichen schwer geschädigten Menschen die Stätte ihrer Zivilisierung und Bildung zu entziehen. Ohne das „Allgemeine österreichische israelitische Taubstummeninstitut" in Wien III., Rudolfgasse 22 sind die gehörlosen jüdischen Kinder verloren und dem Verderben preisgegeben.

Wir haben jetzt infolge der großen wirtschaftlichen Not jährliche Ausgaben von Kronen 1,400.000, wovon nur 400.000 Kronen gedeckt sind.

Daher rufen wir alle, welche sich gesunder Kinder erfreuen und alle, welche Herz und Sinn für Unglück und Not haben auf uns zu helfen und mitbeizutragen zur Erhaltung und Wiederaufrichtung des alten Wiener jüdischen Taubstummeninstituts. Der Vorstand. — Zuschriften an Herrn E. Krieger, M.-Ostrau, Bankhaus Wechsberg.

Ungarn.

Justiz.

Ein charakteristisches Urteil fällte jüngst ein Gerichtssenat in Satoralja-Ujhely gegen den dortigen jüd. Postmeister Gerö, der, weil er unter dem roten Regime im Amte blieb, wegen Mißbrauch der Amtsgewalt, Aufreizung, Veruntreuung und dergl. zu 12 Jahren Kerker verurteilt wurde. Als Milderungsgrund wurde angenommen, daß er während des Verfahrens zum Krüppel geworden war. Gerö ist nämlich das Opfer eines Offiziersdetachements geworden, das den Mann in bestialischer Weise zum Krüppel schlug.

Der abgeblitzte Polnay.

Polnay, der bereits in London war, um von dort nach Amerika zu reisen, mußte nach Budapest zurückkehren, weil er sich überzeugte, daß seine Versuche, bei den amerikanischen Juden finanzielle Hilfe für Ungarn zu finden, wenig Aussicht hätten. Dies veranlaßte Polnay, nach seiner Rückkehr nach Budapest in einer für das Ausland berechneten Audienz beim Ministerpräsidenten Teleki von diesem die gewünschten beruhigenden Erklärungen entgegenzunehmen, daß er, der Ministerpräsident, von allen Willkürakten gegen die internierten Ostjuden nichts wisse. Aus der Unterredung geht deutlich hervor, daß die ungarisch jüd. Assimilanten, wie Polnay, indirekt zugibt, für ihre ostjüdischen Brüder nicht das Mindeste getan haben.

Der Budapester Gemeinderat gegen einen jüdischen Friedhof.

(J. C. B.) Dem Gemeinderate lag bei der Sitzung vom 9. Februar ein Gesuch der israelitischen Kultusgemeinde um Vergrößerung des Altofner israelitschen Friedhofes vor, der für die Bestattung neuer Leichen keinen Raum mehr habe. Das Gesuch wurde von dem demokratischen Stadtrepräsentanten befürwortet. Die Verhandlung löste eine heftige antisemitische Debatte bei der christlich-sozialen Mehrheit aus, deren Sprecher den Antrag auf Ablehnung des Gesuches stellte und seinen Antrag damit begründete, daß man die Juden einfach auf irgend einem Plätzchen am christlichen Friedhof beerdigen könne. Als das jüdische Gesuch auch von mehreren katholischen Stadtverordneten unterstützt wurde, wurde ihnen aus den christlichsozialen Bänken das Wort „Schabesgoj" zugerufen, wobei es der Antisemitenführer Karl Wolf zu häßlichen Skandalszenen brachte, denen erst dann dem energischen Dazwischentreten des Bürgermeisters ein Ende gemacht werden konnte. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde das jüdische Gesuch abgelehnt und eine Erweiterung des israelitischen Friedhofes mit großer Stimmenmehrheit verboten. Sehr peinlich berührte es bei der Abstimmung, daß der reformierte Seelsorger Aladar mit den Antisemiten gegen die Vorlage Kontra gestimmt hat.

Abwanderung jüdischer Künstler.

Der christlichnationale Kurs in Ungarn hat es glücklich zuwege gebracht, daß Künstler und Dichter aller Kategorien, die noch irgendetwas auf Ehre geben, aus Ungarn abwandern, weil sie von den Vorgängen angewidert sind oder von den gesinnungslosen Kollegen verdrängt werden. Nun hat auch der nicht nur in Ungarn bekannte und anerkannte jüdische Bildhauer Eduard Telts sich entschließen müssen, samt seiner Familie Ungarn, das einst so stolz auf ihn war und seine Werke in Museen bewahrt, den Rücken zu kehren und nach Holland auszuwandern. Die unmittelbare Ursache seiner Emigration ist ein Vorfall, dem sein Sohn beinahe zum Opfer gefallen ist. Telts hat einen Sohn, der in Budapest die fünfte Gymnasialklasse besuchte und den Mut fand, zu erklären, daß er für ein Horthy-Konzert, welches vor mehreren Monaten veranstaltet wurde, nicht gewillt sei, auch nur einen Heller zu opfern. Die Erwachenden Lausbuben seiner Klasse haben natürlich diese Bemerkung des jungen Telts in Form einer Anzeige an die Direktion gelangen lassen und die Folge davon war, daß der junge Telts in Haft genommen und fünf Monate hindurch im Gefängnis gehalten wurde. Nur nach großen Bemühungen gelang es dem Bildhauer Telts, seinen Sohn zu befreien, und dieses Erlebnis ließ in ihm den Entschluß reifen, aus einem solchen Lande auszuwandern. Wo bleibt Sandor Brody?

Rumänien.

Flüchtlinge aus der Ukraine.

(Jüd. Korr.-Bur.) Wie bekannt, kommen die jüdischen Flüchtlinge aus der Ukraine ohne jegliche Dokumente nach Bessarabien. Die ru-

mänischen Behörden stellen ihnen Zeugnisse aus, die als Pässe gelten. Das amerikanische Konsulat in Bukarest verweigert nun die Vidierung solcher Pässe denjenigen Juden, die von ihren Verwandten in Amerika Affidavits besitzen und sich zu ihnen begeben wollen, und verlangt die Vorlegung von Geburtszeugnissen. Da dies vollständig ausgeschlossen ist, können die Betreffenden das amerikanische Visum nicht erlangen und sind gezwungen, weiter in größter Not zu leben. Die Exekutive der jüdischen Welthilfskonferenz hat sofort nach Erhalt dieser Nachrichten sich auf telegraphischem Wege an Dr. St. Wise und Louis Marshall mit dem Ersuchen um sofortige Intervention gewendet.

Tiomkin's Reise.

(J. C. B) Ing. Wladimir Tiomkin, ist im Auftrage der Exekutive der jüdischen Welthilfskonferenz nach Bessarabien abgereist um die Hilfsarbeit zu Gunsten der zahlreichen jüdischen Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich in Bessarabien aufhalten, zu organisieren. — Auf dem Wege nach Bessarabien, wird sich Ing. Tiomkin einige Zeit in Bukarest aufhalten, um mit dem rumänischen Ministerpräsidenten und dem Innenminister über einige Angelegenheiten zu konferieren, die mit seiner Hilfsarbeit in Bessarabien im Zusammenhange stehen.

Polen.

Ein antisemitischer Beschluß im Lodzer Stadtrat.

Aus Lodz wird berichtet: Der Lodzer Stadtrat hatte Geschworne zu ernennen. Der jüdische Stadtrat Helmann stellte den Antrag, die Ernennung von Geschwornen nach dem Bevölkerungsschlüssel vorzunehmen, also zwei Fünftel Juden zu wählen, da die Juden in Lodz 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der Stadtrat lehnte diesen Antrag nicht nur ab, sondern hatte überdies die Unverfrorenheit, zu beschließen, daß Juden als Geschworne nicht fungieren dürfen. Dieser Beschluß rief unter der hiesigen jüdischen Bevölkerung große Erregung hervor und in der letzten Sitzung des Stadtrates gab sich diese Erregung dadurch kund, daß die jüdischen Stadträte als Zeichen des Protestes, den Stadtrat Jahrblum in ausgezeichneter Rede begründete, erklärten, bis auf weiteres an den Arbeiten des Stadtrates keinen Anteil mehr zu nehmen.

Die antisemitische Majorität des Lodzer Stadtrates sah nun ein, daß dieser Protest der jüdischen Stadträte schwere Folgen haben könne, und der Vorsitzende Remuszewski leitete Verhandlungen ein, um eine Reassümierung des Beschlusses des Stadtrates zu ermöglichen. Dabei stellten die Vertreter der nationalen Arbeiterparteien, welche den antisemitischen Beschluß des Stadtrates provoziert hatten, die Forderung, die jüdische Fraktion möge erklären, sie stimme dem Antrag Helmann, daß zwei Fünftel der Geschwornen Juden sein sollen, nicht zu. Die jüdischen Stadträte haben dieses neuerliche Ansinnen, das ihnen das Abstehen von einer gerechten Forderung zumutet, natürlich abgelehnt. Die Beratungen blieben daher bisher ergebnislos. Doch bemühen sich Stadtpräsident Remuszewski und die sozialdemokratischen Mandatare, zu einem Modus vivendi zu gelangen.

Um die Auslieferung des Deputierten Dr. Schipper.

(J. C. B.) Der Justizminister wandte sich an den Sejmpräsidenten mit der Forderung, um Auslieferung des jüdischen Deputierten Dr. Schipper, für seine in einer Versammlung gegen den Senat gehaltene Rede und für seine angebliche Veröffentlichung eines Aufrufes, gegen den Senat. Die Angelegenheit wurde der Reglementskommission überwiesen und wird im Laufe der nächsten Woche vom Plenum behandelt werden.

Der Vertrag von Riga und der Schutz der religiösen Minderheiten in Polen.

(J. C. B.) Die sowjetische Friedensdelegation hat sich mit der polnischen Redaktion derjenigen Artikel des Friedensvertrages, welche den Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten in Polen betreffen, einverstanden erklären müssen. Auf Grund dieser Artikel verpflichtet sich Rußland, sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzumengen.

Frankreich.

Die medizinische Expedition des Joint in Paris.

(J. Z. B.) Die medizinische Expedition des American Joint Distribution Committee ist soeben in Paris eingetroffen. Die Expedition besteht aus ca. 20 jüdischen Aerzten unter Führung Dr. Plotz. Sie wurde von den jüdisch-nationalen Kreisen in Paris aufs wärmste begrüßt und das Komitee der jüdischen Delegationen veranstaltete ihr zu Ehren einen Empfang. Unter den Anwesenden waren Sokolow, Aleinikow, Dr. Bogen und die Vertreter der Exekutive der jüdischen Welthilfszentrale, Sliosberg, Tiomkin, Efroikin und Bramson wie auch eine Reihe jüdischer Persönlichkeiten und Journalisten. Die Expedition begibt sich in einigen Tagen nach Polen, wo sie ihre Tätigkeit unter der dortigen jüdischen Bevölkerung auf großer Skala aufnehmen wird. Die erste Gruppe verläßt Paris am 12. Februar d. J.

Jahreskonferenz der französischen Zionisten.

„J. P. Z." berichtet: An der Jahreskonferenz der französischen Zionisten, die 5 Sitzungen beanspruchte, nahmen 46 Delegierte teil, wie auch eine Anzahl von Gästen, von denen Motzkin, Zlatopolsky, Temkin, und der Vorsitzende des Frankfurter Misrachi Saphir, hervorgehoben seien. Das Bestreben, die zionistische Arbeit in Frankreich zu aktivieren, war allgemein bemerkbar. Die Stimmung der Versammlung war eine scharf-oppositionelle gegenüber der jetzigen Leitung. Der Vorsitzende, Dr. Marmorek, kritisiert in seiner Eröffnungsrede die Exekutive, deren sofortige Absetzung er verlangte; er forderte Aufschub aller neuen Unternehmungen, Schaffung einer Kommission zur Führung der schwebenden Angelegenheiten bis zur Tagung des Kongresses, und sprach sich für eine energische Arbeit für den Keren Hajessod aus, will jedoch das Verfügungsrecht über die Fonds dem Kongresse vorbehalten. Motzkin anerkennt voll den politischen Erfolg der gegenwärtigen Leitung, kritisiert aber heftig den Zustand der Organisation und stellt fest, daß die Exekutive eigentlich nicht existiere. Zlatopolsky begrüßt die Konferenz im Namen des Direktoriums des Keren Hajessod und berichtet über die erzielten Erfolge. In einer Resolution wird die sofortige Einberufung des Kongresses für den Sommer [illegible] und die [illegible] den 13. Februar als Termin der Sitzung des A. [illegible] gefordert. Die allgemeine Resolution stellt die allgemeine Unzufriedenheit in der zionistischen Organisation fest und betont die Notwendigkeit die Organisation neu umzugestalten. Auch wird die Ausarbeitung einer zionistischen Konstitution verlangt. Die Zionisten Frankreichs verpflichten sich, an den Keren Hajessod mitzuarbeiten, verlangen aber, daß der letztere sich von großen Unternehmen fernhält, solange das Mandat unbekannt und die Finanzkontrolle nicht festgesetzt ist.

Belgien.

Jahreskonferenz der belgischen Zionisten.

(Jüd. Korr.-Bur.) Die Jahreskonferenz der Zionistischen Föderation Belgiens nahm nach einem Referat über die allgemeine Lage des Zionismus folgende Resolution einstimmig an: Die Jahreskonferenz der belgischen zionistischen Föderation drückt der Leitung ihren Dank für ihre Tätigkeit aus. Sie betont, daß die politische Tätigkeit fortgesetzt werden muß, um unsere Rechte auf Palästina im Mandat deutlich zum Ausdruck zu bringen und unseren Einfluß auf die Verwaltung Palästinas zu sichern und für die Grenzerweiterung zu wirken. Da der Leitung der Rückhalt der großen zionistischen Massen nottut, fordert die belgische zionistische Föderation die Einberufung des Kongresses im Sommer 1921, der die Stellung der Leitung stärken und unsere gemeinsame Arbeitsfront schaffen soll. Der Kongreß soll durch seine Autorität das Prestige unserer Keren Hajessod-Aktion erhöhen, die Vorbereitungen zum allgemeinen Judenkongreß werden, dessen rasches Zusammentreten für das Gelingen unserer Sache unbedingt erforderlich ist. Ferner wurde nach dem Referat über Keren Hajessod eine Resolution angenommen, die Aktion für den Keren Hajessod sofort einzuleiten. Es wurde eine Kommission aus den Herren E. Karlin, Moses Kolkowski und M. Lewin gewählt, um die Arbeit des Keren Hajessod zu leiten.

Türkei.

Palästinakomitee in Konstantinopel.

Auf einer Versammlung die kürzlich in Konstantinopel stattfand u. welcher Vertreter des Immigrationsbüros, der Zionistischen Organisation und verschiedener jüdischer Organisationen einschließlich der Bnei Brith-Logen, des Gemeinderates u. des Oberrabbiners beiwohnten, wurde ein Palästinakomitee gegründet. Dieses Kom. setzt sich zusammen aus einem offiziellen Vertreter der Zionistischen Weltorganisation, Mitgliedern des jetzigen Immigrationsbüros, 4 Vertretern der Zionistischen für den Orient, Vertretern der Zeire Zion, des Hapoel Hazair, der Poale Zion und des Hilfskomitees, ferner aus Vertretern von Organisationen aus den der Türkei benachbarten Ländern und je einem Vertreter der allgemeinen Bnei Brith-Organisation, der Konstantinopler Bnei-Brith Loge und des Gemeinderates. (Z. K.)

Argentinien.

Der Neubau des Judenstaates.

An der Eröffnungssitzung des sechsten Delegiertentages der argentinischen Zionisten nahmen u. a. der englische und der griechische Gesandte teil. Der englische Gesandte Sir Reinold Macauly, bezeichnete Herbert Samuel seinen früheren Studienfreund aus Oxford, als eines der edelsten Mitglieder der jüdischen Rasse. Es gehöre viel Geduld und Vertrauen dazu, den Judenstaat zu errichten, und die Juden der ganzen Welt müßten mithelfen. Die Ernennung Samuels sei eine Bürgschaft für den guten Willen des englischen Volkes. Der griechische Gesandte verglich das Neuerwachen des jüdischen Nationalgefühls mit der Entwicklung des Griechentums im 19. Jahrhundert. In Palästina allein würde der jüdische Geist wieder auferstehen. (Z. K.)

England.

Major Ormsby Gore.

J. P. Z. In englischen politischen Kreisen verlautet, daß der bekannte Zionistenfreund Major Ormsby Gore, demnächst zum Vertreter des Außenministers ernannt werden soll.

Die jüdischen Arbeitslosen in London.

(Jüd. Korr.-Bur.) Der jüdische „Arbeiterfonds" rief eine Konferenz zusammen, an der sich Delegierte einer großen Anzahl von Arbeiterverbänden beteiligte. Gegenstand der Beratungen bildete die Lage der vielen jüdischen Arbeitslosen in London, die als sehr kritisch bezeichnet wurde. Die Arbeiterverbände stehen infolgedessen vor der Gefahr des Unterganges.

Die Konferenz hat beschlossen, diejenigen Personen, welche Beschäftigung haben, aufzufordern, einen Teil ihres Einkommens zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bestimmen. Es wurde ferner beschlossen, Vorarbeiten zur baldigen Schaffung verschiedener genossenschaftlicher Unternehmungen wie auch einer genossenschaftlichen Küche für die Arbeitslosen einzuleiten.

Amerika.

Empfang des Oberrabbiners Dr. Chajes in New York.

Dem gelehrten Wiener Oberrabbiner Dr. H. P. Chajes, der sich auch in Amerika außerordentlicher Beliebtheit und Verehrung erfreut, wurde bei seiner Ankunft auf dem Dampfer „Rotterdam" am 20. Jänner ein enthusiastischer Empfang bereitet. Mit „Schalom"- und „Hedad"-Grüßen wurde der Gast empfangen und alles drängte sich um ihn. Am Tage nach seiner Ankunft enthielten sämtliche jüdischen und auch ein Teil der englischen Blätter Berichte über das bisherige Wirken Dr. Chajes' auf wissenschaftlichem und politischen Gebiete und sämtliche Berichte hoben die große Bedeutung Dr. Chajes' hervor. In den Unterredungen, welche Dr. Chajes den Vertretern der Presse gewährte, schilderte der Wiener Oberrabbiner die große Not Oesterreichs, der Stadt Wien, der Wiener jüdischen Gemeinde und ganz besonders der von dem Kriege am härtesten betroffenen Flüchtlinge und die schwere Arbeit, welche die jüdischen Institutionen, vor allem jedoch die zionistische Partei und ihre Vertreter, in den verschiedenen öffentlichen Körperschaften zu bewältigen haben, um wirtschaftlich sowohl als auch kulturell den Bedürfnissen des Judentums in Wien entsprechen zu können. In einem Interview präludierte Oberrabbiner Dr. Chajes bereits auch seiner Werbetätigkeit zugunsten des Keren Hajessod in Amerika. Sämtliche Blätter schließen ihre Berichte mit der Bemerkung, daß Oberrabbiner Dr. Chajes die verkörperte Selbstlosigkeit sei, daß er voll und ganz in der Liebe für das jüdische Volk aufgehe, und daß er außer Zweifel sei, daß die amerikanischen Juden, hingerissen von seiner Persönlichkeit und von seiner gewinnenden Art, seinen Besuch in Amerika für die von ihm angestrebten Ziele erfolgreich gestalten werden.

Campagne in Boston.

(J. C. B.) Die Konferenz der Bostoner Zionisten hat unter anderem den Beschluß gefaßt eine Campagne für die Sammlung einer halben Million Dollar in New England für die Palästina Aufgaben der Zion Commonwealth-Gesellschaft, die sich die Ueberführung großer Flächen palästinensischen Bodens in jüdische Hände zum Ziele setzte, einzuleiten.

Baron James Rothschild.

J. P. Z. — Baron James Rothschild und Frau sind am 18. Jänner in New-York eingetroffen, wo ihnen auf einem Bankett im Hotel Astor von über 1000 Personen ein grandioser Empfang bereitet wurde. Nach den Begrüßungsreden von Mack, Rev. Masliansky, Schmarjah, Lewin und Rabbi Wise dankte Rotschild für den ihm bereiteten warmen Empfang und setzte u. a. fort: Die englische Regierung hat den Juden die goldene Gelegenheit gegeben, ein Volk allen Völkern gleich zu werden. Sie hat uns auch in Palästina einen jüd. Oberkommissär gegeben. Balfour sagte mir, die Engländer werden ihre Pflicht erfüllen, aber die Juden müßten helfen. Ich appelliere deshalb an alle Juden, England bei der Durchführung der Pläne für das jüd. Volk behilflich zu sein. Es ist jetzt keine Zeit für Spielereien mit Worten und Theorien, wir müssen die praktische Arbeit beginnen. Enthusiasmus ist wohl nötig, aber wir müssen praktische Arbeit anfangen und Palästina auf ökonomischem und industriellem Gebiete entwickeln. Ich bin gekommen als Mitglied des Economic Council, an dem die Finanziers Englands und Frankreichs interessiert sind, und hoffe, auch das Interesse zahlreicher amerikanischer Juden für das Economic Council erwecken zu können. Ich bin gekommen, um Beratungen mit den führenden Zionisten Amerikas, die ich achte und schätze zu pflegen und hoffe, daß sie bei der großen Aufgabe des Wiederaufbaues Erez Israels ihre Hilfe nicht versagen werden.

Der Zweck der Rothschildschen Reise.

J. P. Z. — Der Hauptzweck der Amerikareise Rothschilds ist, nach dem Muster des Londoner Economic Council in Amerika eine ähnliche Körperschaft zu organisieren.

„An-ski" Komitee

Eine Gruppe von Verehrern und Freunden des unlängst verstorbenen jüdischen Schriftsteller S. Rappaport (S. An-ski), hat ein spezielles Komitee zum Zwecke der Verewigung seines Andenkens in Amerika gegründet. Es wurde beschlossen seine Werke und die von ihm gesammelten folkloristischen und ethnographischen Materialien herauszugeben und eine historisch-ethnographische Gesellschaft in Amerika zu gründen.

Ing. Rutenberg in Amerika.

(J. C. B.) Ing. Rutenberg, der seit einigen Monaten in Palästina weilt; wird im Interesse seiner Irrigationsarbeiten in Palästina, im Laufe des nächsten Monates nach Amerika zurückkehren.

Der Empfang Rabbi Schapiros in Amerika.

(J. C. B.) Ueber den Empfang, den die New Yorker Juden dem zionistischen Zaddik Rabbi Chaim Schapiro aus Drohobycz bereiteten, wird berichtet, daß 5000 Leute im Hafen die Ankunft des Schiffes erwarteten. Nach der Landung wurde er sofort in die große Synagoge in der Revington Street geführt, wo eine 10.000köpfige Menge ihn bejubelte.

Erez Israel.

Politisches.

Alfred Mond.

Am Montag, den 16. Jänner, wurde im Waad hair (Jüdischer Stadtrat) zu Ehren von Herrn Dr. Weizmann und Alfred Mond eine feierliche Sitzung abgehalten. Die Gäste wurden von Yellin, den Rabbinern Kuk, [illegible] Meir und Fischmann (Misrachi), sowie von Ussischkin begrüßt.

Ussischkin sprach über den historischen und zukünftigen Wert Jerusalems für das jüdische Volk. Ussischkin meinte, daß es an der Zeit wäre, die uns nach der Zahl der Juden in Jerusalem zustehenden Rechte in Jerusalem selbst zu beanspruchen. Wir müßten Jerusalem, das eine große jüdische Majorität hat, auch tatsächlich zu einer jüdischen Stadt machen. Wir müssen das ganze Leben Jerusalems, besonders das kommunale, sozusagen judaisieren und hebraisieren, was für das nationale Ansehen im Lande selbst und im Ausland von großem Werte sein wird.

Auf die Begrüßungsreden antwortete Sir Alfred Mond, der den ersten Satz hebräisch sprach und dann englisch fortfuhr. Seine Rede wurde von Yellin Satz für Satz ins Hebräische übersetzt und oft durch Beifallsäußerungen unterbrochen. Er sprach über das ihm zuteil gewordene Glück, zum ersten Male in seine Heimat, das Land seiner Väter, zurückkehren zu dürfen. Hier fühle er sich vereint mit seinem Volke. Er wiederholte, daß die englische Regierung, der er angehört, nach wie vor von den besten Gefühlen dem jüdischen Volke gegenüber erfüllt ist und fest entschlossen ist, das gegebene Versprechen einzuhalten. Wir warten schon seit 2000 Jahren auf diese Gelegenheit, jetzt aber trennen uns nur wenige Jahre von der Erfüllung. Es wäre ein Wahnsinn und eine Profanierung des nationalen Gedankens, die Möglichkeit zuzugeben, daß uns

irgend etwas von der Erfüllung unseres Ideales abhalten könne. Vieles habe sich bereits geändert zu unseren Gunsten. Das scheint beinahe wie ein Wunder, noch größer als das Wunder unserer zweitausendjährigen Existenz. Nun aber ist die Zeit der Wunder vorbei. Jetzt brauche man Taten, Taten von Menschen, die im Bereiche der Wirklichkeit liegen. Er werde nicht nachlassen, und werde es nicht zulassen, daß andere Juden den Mut fallen ließen. Er möchte hiermit nochmals betonen, daß er es auf sich genommen habe, in England eine Körperschaft aus Männern von Kapital und Erfahrung zusammenzubringen, um das Land aufzubauen. Unser Gebäude muß von ewiger Dauer sein, daher muß das Fundament, besonders gut gelegt sein. Ferner sprach Mond noch über die Beziehungen zu den Arabern und schloß seine Rede mit folgendem Versprechen: „Ich versichere Ihnen, daß ich alles tun werde, was in meiner Kraft, in meinen Mitteln und in meinem Einfluß liegt, mit Energie und Enthusiasmus, mit dem tiefen Gefühl der Ehrfurcht, das jeder Jude seiner Heimat gegenüber empfindet, um diese große Pflicht gegen unser Volk zu erfüllen."

Die mit großer Erregung gesprochene Rede machte einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden. Auch Dr. Weizmann dankte für die Aufnahme in knappen Worten, worauf die Sitzung mit der „Hatikwah" geschlossen wurde. Am Ausgang wartete eine große Menge, die die Gäste begeistert begrüßte.

Monds Versprechen

Sir Alfred Mond ist am 1. Februar nach einem vierzehntägigen Besuch in Palästina nach Aegypten abgereist. Die zionistischen Behörden teilen mit, daß er das endgültige Versprechen gegeben hat, nach seiner Rückkehr nach London die jüdischen Finanzkreise in Großbritannien, am Kontinent und in Amerika für den Aufbau Palästinas in Bewegung zu setzen. Einer der ersten Pläne, die durchgeführt werden sollen, nachdem das Mandat erledigt ist, wird ein hydro-elektrisches Unternehmen am Jordan sein, welches zwei Millionen Pfund kosten wird. Dr. Weizmann begibt sich nach Amerika, um eine Kampagne für dieselbe Sache einzuleiten.

Die englischen Parteien und der Zionismus.

In einem Interview erklärte Sir Alfred Mond dem Mitarbeiter von „Haarez" in Jerusalem, der ihn über das Verhältnis der englischen Regierung zum Zionismus bei einem eventuellen Regierungswechsel befragte, folgendes: Die Arbeiterpartei und ihre Führer verstehen den Zionismus und verhalten sich ihm gegenüber wohlwollend. Nur die Konservativen von der Hohen Kirche, deren Sprachrohr die „Morning Post" ist, verknüpfen ihren Antizionismus mit ihrem Antizionismus. Aber dieser Kreis ist längst erledigt. Mit Staunen und Genugtuung habe er feststellen können, daß Engländer aller Kreise ihre Hilfe unserer Sache angeboten hätten.

Ferner sagte er: „Die englische öffentliche Meinung verhält sich vollkommen wohlwollend gegen den Zionismus. Die Engländer vertrauen der schöpferischen Kraft des jüdischen Volkes. Die englische Regierung hat den Zionismus mit dem Mandat übernommen und in diesem Sinne wird sie ihr Versprechen halten."

Der neue Direktor für öffentliche Arbeiten.

(J. C. B.) Einer Reutermeldung zufolge ist der Generalmajor Grant zum Direktor für öffentliche Arbeiten in Palästina — sowohl für militärische als auch zivile — ernannt worden.

Die Sicherheitswehr.

Palästinenser können sich nunmehr in die Liste der Sicherheitswehr eintragen lassen, welche von den englischen Militärbehörden für Palästina eingeführt wird, um die ägyptischen Einheiten zu ersetzen. Die Besoldung beträgt 4.60 bis 5.60 äg. Pfd. pro Monat, einschließlich Bekleidung, Verpflegung und Unterkunft. Die Dienstzeit beträgt ein Jahr. In allen Distrikts-, Polizei- und Regierungsbüros befinden sich Werbungsstationen. (Z. K.)

Die palästinensische Amtszeitung.

Die „Official Gazette of the Palestine Government" erscheint seit dem Jänner in den drei offiziellen Landessprachen Hebräisch, Arabisch und Englisch. Sie wird auch ferner alle 14 Tage erscheinen. (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Bedarf an gelernten Zimmerleuten

Nach einer Mitteilung aus Palästina herrscht dort große Nachfrage nach gelernten Zimmerleuten, besonders unverheirateten, die sowohl im Dienste der Behörden wie auch bei privaten Unternehmern Verwendung finden sollen.

Lagerhäuser in den Hafenstädten.

Die Geschäfte der Fa. Pewsner u. Kahn, die, wie berichtet, an der Gründung der Lagerhausgesellschaft für die Hafenstädte Palästinas beteiligt ist, sind in die Firma „The Palestine Co Hiram Ltd" übergegangen, sodaß diese als Teilhaber fungiert.

Ausfuhrfreiheit für Gerste.

Auf Wunsch des Landesrates für Palästina (Advisory Council) gestattete der Oberkommissar bis auf weiteres die teilweise Ausfuhr von Gerste aus Palästina. Die Ausfuhr von Weizen und Durrah bleibt weiterhin verboten. (Z. K.)

Die Leistungsfähigkeit der jüdischen Arbeiter.

Ein arabischer Unternehmer, dem die Regierung größere Arbeiten übertragen hat (Wegebau in Tul-Karn und Turo) beschäftigt bei dieser Arbeit 100 jüdische Arbeiter, die sich bei den letzten Chausseebauten als sehr leistungsfähig erwiesen haben, sodaß sie sowohl von der Regierung wie auch von Privatunternehmern anderen Arbeitern vorgezogen werden. Ihr Lohn beträgt 5 sh. (25 Piaster) pro Tag. Nach einer Statistik der palästinensischen Regierung befinden sich unter den Einwanderern bisher 82 Prozent, welche zur Uebernahme schwerer Arbeiten bereit sind. (Z. K.)

Jüdisches Arbeitsbüro für öffentliche Arbeiten.

Eine Zentralstelle zur Uebernahme öffentlicher Arbeiten und ihre Verteilung auf jüdische Arbeitskräfte ist durch die kürzlich ins Leben getretene Gesamtgenossenschaft in Palästina geschaffen worden, in welcher alle jüdischen Arbeiterparteien Palästinas vertreten sind. Das Komitee wird Gebote auf öffentliche Arbeiten abgeben, sobald solche verlangt werden, es wird die Zahl der Arbeiter für jeden Abschluß bestimmen und die Aufsicht über die Arbeiterlager übernommen. Das Büro des Komitees befindet sich in Haifa und besteht aus den Herren Harubi, Hiz, Schochat und Twersky. Die Zionistische Kommission ist durch ihren Generalsekretär Dr. M. Eliash vertreten. (Z. K.)

Bau von Petroleum-Tankanlagen in Palästina.

Um einen Ausgleich in der Petroleumversorgung Palästinas herbeizuführen, hat die Regierung in Jerusalem Petroleumreservoire gebaut. Weitere Tankanlagen in Jaffa und Haifa sind in Angriff genommen. Die Regierung will auf diese Weise Vorräte schaffen, um auf die Preisbildung regulierend wirken zu können. (Z. K.)

Güterverkehr in Palästina.

Die Dampfer der Deutschen Levantelinie „Cairo", der zwischen dem 20. und 22. Februar in Hamburg ladet, „Spica", (zwischen 2. und 5. März in Hamburg), „Fiducia" (zwischen 10. und 14. Februar in Antwerpen) und „Wilhelm Oelsner" (zwischen 24. und 28. Februar in Antwerpen) legen auf ihrer Fahrt in Jaffa und Haifa an. (Z. K.)

Die Oelvorkommen in Palästina.

In kurzem sollen die durch den Krieg unterbrochenen Erdölbohrungen in Palästina wieder aufgenommen werden, namentlich seitens der Standard Oil Company. Oelvorkommen werden bisher in Palästina an folgenden Orten vermutet: Im Yarmuktal bei Makeri, ferner bei Nabi Musa bei Bethlehem, dann südlich von Hebron, weiter südlich des Toten Meeres, im Ostjordanlande bei Kerak, Katrana und Dschiga und bei Duma [illegible] Damaskus.

Kulturelles.

Hebräischer Vortrag eines christlichen Gelehrten.

(J. C. B.) Der Leiter des amerikanischen archäologischen Instituts in Jerusalem hielt seinen letzten Vortrag über die antike hebräische Geschichte in hebräischer Sprache. Dies ist der erste Fall in Palästina, daß ein christlicher Gelehrter einen Vortrag in hebräischer Sprache halten konnte.

Eine neue Handelsschule.

Eine Handels-Sekundärschule wurde von dem Verein der jüdischen Kaufleute in Jerusalem eröffnet. Unter den Lehrfächern befinden sich Hebräisch, Arabisch, Englisch, Französisch, Wirtschaftslehre, Gesetzeskunde, Buchführung, Mathematik und Kurse für Beamte. (Z. K.)

Ein Adreßbuch für Jerusalem.

Kürzlich gelangte ein Adreßbuch für Jerusalem zur Ausgabe. Das Buch ist 15 Druckbogen stark und enthält sämtliche Adressen von Einwohnern, Unternehmungen, Gewerbe- und Handelsbetrieben, Regierungsstellen und sonstigen Aemtern, ferner u. a. eine Karte von Jerusalem und ein Verzeichnis der Fernsprechteilnehmer Palästinas. (Z. K.)

Vorbeugung gegen Malaria.

Einer jeden Person in Palästina ist geraten worden, täglich eine Dosis Chinin zu nehmen, um einer Malariaepidemie vorzubeugen. (Z. K.)

Hebräische Prüfung für palästinensische Beamte.

Im April oder Mai 1921 wird in Jerusalem eine Prüfung der Regierungsbeamten in Hebräisch stattfinden. Die Beamten werden auf die Uebersetzung von Wörtern und Sätzen aus dem Englischen ins Hebräische und umgekehrt, und auf eine hebräische Unterhaltung mit einem der Examinatoren geprüft werden. Es sollen einfache grammatikalische Fragen gestellt werden, und jeder Kandidat muß Fragen über seinen speziellen Dienstzweig beantworten können. Die sephardische Aussprache ist zur offiziellen erhoben. (Z. K.)

Die Besiedlung.

Bevorstehende amerikanische Bodenkäufe.

In New York fand eine Konferenz der angesehensten Führer der Newyorker Zionisten statt, auf der die Herren B. Rosenblatt, Jacob de Haas und Abraham Goldberg ihre Pläne entwickelten. Es wurde beschlossen, daß die Newyorker Juden für den Bodenkauf in Palästina 2,5 Millionen Dollar aufbringen sollen. Rosenblatt verglich die Bodenbeschaffenheit und das Klima Palästinas mit dem Südkaliforniens, wo insgesamt 400 Mill. Dollar investiert sind. Mit einer ähnlichen Summe könne man Palästina zum Kalifornien des Ostens machen. Der Bericht über die Lage von „Balfouria", der ersten Kolonie der Gesellschaft „Zion Commonwealth" lautet äußerst günstig. Es wurde beschlossen, in Newyork 10.000 Aktien zu je 250 Dollar der „Zion Commonwealth" unterzubringen. Die Stadt wurde in Distrikte eingeteilt; jeder Distrikt hat eine besondere Kommission, welche die ihr zugewiesene Anzahl Aktien unterbringen soll. Das Kapital der „Zion Commonwealth" beträgt bis jetzt 2.121 Mill. Dollar. Die Zionistische Ortsgruppe in Pittsburg hat sich bereit erklärt, ein Viertel Mill. Dollar für Bodenkäufe in Palästina aufzubringen. (Z. K.)

Fünfmillionen-Anleihe.

Bei seiner Ankunft in Palästina äußerte sich der englische Minister für öffentliche Arbeiten Sir Alfred Mond, Vorsitzender des Wirtschaftsrates des „Palästina-Grundfonds", daß er die Frage der Palästina-Anleihe mit Sir Herbert Samuel und seinem Sekretär Wyndham Deeds besprechen werde, und daß eine Palästina-Anleihe von 5 Millionen Pfund aufgenommen werden soll. (Z. K.)

Aus den Gemeinden

Kultusausschuß.

Am 10. d. M. hielt der abtretende Kultusausschuß unter dem Vorsitze des Kultusvorstehers Dr. Alois Hilf seine letzte Sitzung ab.

Nachdem der Vorsitzende dem verstorbenen Kultusrate Herrn Salomon Reschovsky einen ergreifenden Nachruf gewidmet hatte, der von der Versammlung stehend angehört worden war, setzte er seine Rede wie folgt fort:

Ich habe die heutige Sitzung zu dem Zwecke einberufen, damit wir, die wir durch mehr als 8 Jahre gemeinsam für das Wohl der Gemeinde gearbeitet haben, von einander Abschied nehmen. Wir können dies mit umso ruhigerem Gewissen tun, als ich Ihnen nicht die Anerkennung versagen kann, daß Sie während der ganzen Zeit redlich für die Gemeindeinteressen eingestanden sind und Anstalten ins Leben gerufen haben, welche vorbildlich sind und welcher in den Annalen der Gemeindegeschichte nur lobend wird gedacht werden müssen. Es wird Ihnen vielleicht gar nicht mehr erinnerlich sein, was Sie im Laufe der Jahre geleistet haben, da durch den Krieg eine ungeahnte Verlängerung der Wahlperiode eingetreten ist und demnach vieles schon Jahre zurückliegt. Ich will nun die kurze Zeit, die uns noch zur Verfügung steht benützen, um Ihnen wenigstens einen Teil der von Ihnen geschaffenen Institutionen ins Gedächtnis zurückzurufen.

Sie haben vor allem gleich bei Beginn Ihrer Tätigkeit durch Ihre werktätige Unterstützung, die Sie dem Vereine „Jüd. Volksschule" bei Erbauung des Ferienheims angedeihen ließen, ein Werk mitgeschaffen, das einzig nicht nur im ganzen Staate, sondern allüberall dasteht, nämlich ein eigenes jüdisches Ferienheim. Dieses Ferienheim ist ein wahres Schmuckkästchen und haben Sie die Möglichkeit, dieses Werk aufzurichten, nicht nur dadurch geboten, daß Sie materiell zu seinem Gelingen beitrugen, sondern auch dadurch, daß Sie die Bürgschaft für die Aufnahme eines namhaften Darlehens übernahmen. Dieses Ferienheim ist ein Stolz unserer Gemeinde und jeder der nach Ostrawitz kommt, wird über diese herrliche Schöpfung mit uns seine innigste Freude empfinden.

Aber nicht nur das Ferienheim wurde mit Ihrer Hilfe ins Leben gerufen. Auch der Friedhofneubau dankt Ihrem Beschlusse sein Entstehen. Sie werden, meine Herren, sich neuerlich vor Augen führen müssen, daß es keine kleine Aufgabe war, diesen Bau aufzuführen. Unter großen Schwierigkeiten, ganz besonders solcher materieller Natur, wurde dieses Werk geschaffen. Sie haben aber alles bewilligt, um es würdig auszugestalten und jeder, der den Bau heute sieht, wird sagen müssen, daß er der Gemeinde zur Zierde gereicht.

Aber nicht nur die Friedhofshalle war es, die ihr Entstehen Ihnen verdankt. Sie haben auch etwas geleistet, was nicht genug hervorgehoben zu werden verdient. Durch Ihre Mithilfe wurde ein Heimkehrerfonds geschaffen, um Heimkehrern die Möglichkeit zu geben, sich eine neue Existenz zu gründen. Es waren vorerst opferwillige Männer in Ihrer Mitte, die durch namhafte Spenden den Grund hiezu legten und Sie haben ihn ergänzt. Dieser Fonds hat sich auch als ein ausgezeichnetes Mittel bewährt, um armen Heimkehrern die Möglichkeit zu gewähren, sich wieder aufzurichten.

Was während des Krieges für die aus dem Osten geflüchteten Glaubensbrüder sowohl in materieller Hinsicht als auch durch werktätige Anteilnahme an ihrem traurigen Geschicke geleistet wurde, glaube ich nicht erst im Einzelnen darstellen zu müssen. Es ist dies allgemein viel zu gut bekannt.

Als der Krieg ausbrach, wurde der Hilfsbund geschaffen. Durch Zuhilfenahme vieler Spenden von weit über 100.000 Kr., die dem Hilfsbunde im Laufe der Jahre zukamen, wurde vielen einheimischen Mitgliedern während des Krieges auf das kräftigste unter die Arme gegriffen und der äußersten Not gesteuert.

Durch Ihre Hilfe wurde auch der Landesverband der israel. Kultusgemeinden in Mähren geschaffen, an dessen Spitze die Gemeinde M.-Ostrau berufen wurde, weil sie die Initiative zu dessen Bildung ergriffen hatte. Es ist auch ihr Vorsteher zum Präsidenten des Landesverbandes gewählt worden. Daß der Landesverband sich segensreich erweist, würdigen alle, die mit dem Landesverbande zu tun haben. Den kleinen Gemeinden wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, im vergangenen Jahre seitens des Landesverbandes aus dem Landesmassenfonds eine Spende von 40.000 Kr. vermittelt, welche den einzelnen notleidenden Angestellten in den mährischen Gemeinden wesentlich aufhalf.

Aber nicht nur in dieser Richtung haben Sie sich betätigt. Auch in Bezug auf die Palästinaarbeit haben Sie ganz Bedeutendes geleistet. Als einzige Gemeinde in der Welt, haben Sie eine Nachlah-Spende gewidmet, die die namhafte Summe von 50.000 Kr. beträgt. Keine einzige Gemeinde hat als Gemeinde sich an diesem Palästinawerke so beteiligt, wie die unsrige.

Aber nicht nur das, Sie haben auch die Jüdische Gewerbeschule geschaffen. Auch dieses Werk ist einzig in seiner Art. Sie haben keine Opfer gescheut, um diese Institution ins Leben zu rufen und Sie scheuen auch heute nicht vor großen Opfern zurück, um dieses Werk auszubauen.

Sie haben auch die Gehaltsregulierung der Beamten in einer munifizenten Weise vollzogen. Sie haben ein Gehaltsschema geschaffen, welches ein Beispiel sein sollte, dem aber bisher keine einzige Gemeinde nachgekommen ist.

Sie haben auch eine Aenderung der Pensionsordnung bewilligt, welche vorbildlich war, und haben auch die meisten mährischen Gemeinden unsere Pensionsordnung aufgenommen.

Sie haben bei Umbildung der Gemeindeordnung ein neues Statut geschaffen, welches wiederum einzig dasteht. Wenn auch bei der Verfassung dieses Statutes mangels jeder Erfahrung Fehler unterlaufen sind, so bildet es doch zweifellos eine der weitgehendsten demokratischen Gemeindeverfassungen, welche überhaupt existieren.

Meine Herren! Wenn Sie für alle diese Leistungen nicht immer die gebührende Anerkennung und den gebührenden Dank erhalten haben, so darf Sie das gar nicht wundern, denn im öffentlichen Leben gibt es keinen Dank. Das entnehmen wir auch dem Mischeberach, der an den Sabbathen nach Schluß der Thoravorlesung von der Gemeinde gesprochen wird. Dort wird auch derjenigen gedacht, die sich den Gemeindeangelegenheiten mit Hingebung widmen, Kol mi scheauskim bezorche zibur beemunoh, aber da wird nicht etwa

ein Dankeswort gezollt, es wird vielmehr ein Wechsel auf den lieben Gott gezogen, halodausch boruch hu jeschalem. Der liebe Gott soll ihnen bezahlen, das ist nämlich ebenso bequem als es der allgemeinen Denkweise entspricht.

Wenn Ihnen also kein Dank, so ist Ihnen doch wenigstens eine Anerkennung dadurch geworden, daß schließlich bei den letzthin stattgefundenen Wahlen trotz des starken Wahlkampfes alle Mitglieder des jetzigen Ausschusses, insoferne sie nicht verzogen sind oder auf eine Wiederwahl im Vorhinein verzichteten, wiedergewählt wurden.

Ich fühle mich auf das tiefste verpflichtet Ihnen für Ihre Mitwirkung auf das herzlichste zu danken. Denn wenn ich es auch war, der in den wichtigsten Angelegenheiten initiativ aufgetreten ist, so hätte ich doch ohne Ihre verständnisvolle Mithilfe nichts vermocht und ist daher das günstige Ergebnis ausschließlich Ihnen zuzurechnen.

Ich will zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich die Wellen des Wahlkampfes in kurzer Zeit glätten werden und das schöne Verhältnis, daß in diesen Räumen immer geherrscht hat, wieder hier eintreten wird zum Wohle unserer Gemeinde und zur Ehre des Judentums.

Hierauf meldet sich Herr Dr. Max Beer zum Worte: Meine Herren! Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich Herrn Dr. Hilf für seine beispiellose Tätigkeit unseren herzlichsten Dank ausspreche. Ich glaube nicht nur im Sinne der Anwesenden, sondern aller Kultusmitglieder zu sprechen, wenn ich behaupte, daß es in der ganzen Republik einen solchen Kultusvorsteher wie Herr Dr. Hilf nicht gegeben hat noch gibt. Es gibt keinen Mann, der in so uneigennütziger Weise und so ununterbrochen sich den Interessen der Gemeinde gewidmet hat und widmet, wie er. Alle Institutionen, welche Herr Dr. Hilf hier aufgezählt hat, wären ohne seine hervorragende Tätigkeit nicht zustande gekommen, weil es in der ganzen Gemeinde kein einziges Mitglied gibt, welches sich mit solcher Liebe der Sache hingegeben hätte, wie es Herr Dr. Hilf getan hat.

Es sind die Worte des Dankes, welche ich hier ausgesprochen habe, keine Phrase. Wenn Herr Dr. Hilf in den letzten Wochen und Monaten hie und da angefeindet worden ist, so ist das nur von solchen Personen geschehen, die sich über die Arbeit, die er geleistet hat, kein Urteil bilden können.

Sie haben sich zum Zeichen des Dankes bereits von Ihren Sitzen erhoben. Wir wünschen, daß der liebe Gott Herrn Dr. Hilf als Lohn für seine Tätigkeit ein hohes Alter erreichen lassen möge und da ßer seiner Familie und der Gemeinde noch lange Jahre erhalten bleibe. (Allgemeiner Beifall).

Hierauf wurde die Sitzung von Herrn Dr. Hilf mit nochmaligem Danke an die Versammlung geschlossen.

An die
Mitglieder des Volksvereines „Zion"
in Mährisch-Ostrau.

Die Sektion unseres Vereines „Ibhriah", welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, in Mähr.-Ostrau die Kenntnis der hebräischen Sprache zu verbreiten, kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten und ist deshalb an unseren Verein mit dem Ersuchen um finanzielle Unterstützung herangetreten.

Da die Auflage eines besonderen Beitrages für diesen Zweck in die Kompetenz der Generalversammlung fällt, hat der Ausschuß des Volksvereines „Zion" in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Ersuchen der Sektion „Ibhriah" in der Weise nachzukommen, daß den Mitgliedern unseres Vereines empfohlen wird, die eminent zionistischen Ziele der Sektion „Ibhriah" auf die Weise zu unterstützen, daß jedes Mitglied des Vereines der Sektion „Ibhriah" eine freiwillige Unterstützung von 2 Kronen monatlich zukommen läßt.

Der Beitrag wird durch die Inkassantin des Vereines eingehoben. Mit Zionsgruß Jüdischer Volksverein Zion für Mähr.-Ostrau und Umgebung.

Dr. Hoß als Obmann.

*

Die diesjährigen Absolventen der jüdischen Fachschule in Mähr.-Ostrau. veranstalten am 23. Februar l. J. in den Räumen des Polnischen Hauses eine Akademie mit anschließendem Tanz. Der Reinertrag fließt dem jüd. Fachschulverein zu, der den Zweck hat, für mittellose, würdige Fachschüler das Schulgeld aufzubringen. Reklamationen sind zu richten an Erich Geßler, Mähr.-Ostrau, Straße des 1. Mai.

*

Ab Samstag, den 19. ds. findet allwöchentlich, Samstag, 8 Uhr abends im Klublokal des Cafe Union eine gesellige Zusammenkunft der Mitglieder des Vereines „Zion" in Mähr.-Ostrau statt. Alle Mitglieder werden aufgefordert, sich an diesen Abenden zuversichtlich einzufinden.

*

The dasant des Sportklubs Makabi.

Sonntag, den 20. Februar, 4 Uhr nachmittags im Palais de danse des Hotels National. Dauerkapelle.

*

Bazar.

Der 20. März bringt eine Ueberraschung für Mähr.-Ostrau. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der jüdisch-nationale Frauen- und Mädchenverein „Mirjam" an diesem Tage einen Jahrmarkt mit Bazar und allerlei Belustigungen für groß und klein, der sich, den Vorbereitungen nach zu schließen, den bisherigen Veranstaltungen des Vereines würdig anschließen dürfte. Der Reinertrag fällt dem Fonds zur Errichtung eines jüd. Kindergartens in Mähr.-Ostrau zu. Fleißige Hände sind eifrig an der Arbeit und verfertigen, mitunter mit sehr primitiven Mitteln, die schönsten Dinge, kunstgewerbliche Arbeiten, Kinderspielzeug und dergl. Das Material zur Anfertigung aller dieser Sachen geht aber leider bald zu Ende und es ergeht daher an alle Mitglieder und Freunde des Vereines die Bitte, insoferne sie sich nicht selbst an der Arbeit beteiligen wollen, wenigstens alles entbehrliche alte Material, das sich gewiß in jedem Haushalte finden wird, wie Seiden- und Stoffreste, alte Puppen und dergl. dem Vereine zur Verfügung zu stellen. Besonders an alle jungen Mädchen ergeht die Aufforderung durch eifrige Mitarbeit zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Jeden Montag, 8 Uhr abends, Besprechung und Arbeitseinteilung in der Kanzlei: Dr. Felix Winterstein, Mährisch-Ostrau, Teschnergasse.

*

Die Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von 1/26 bis 1/27 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

*

Aus der Theaterkanzlei.

Freitag, den 18. Februar findet die Aufführung des klassischen Lustspiels „Was ihr wollt" von Shakespeare in Folge 4 braun statt.

Als nächste Neuheit wird der übermütige Schwank „Der müde Theodor" aus der Feder der zwei bewährten Verfasser heiterer Bühnenwerke Max Neal und Max Ferner Samstag, den 19. Februar aufgeführt. „Der müde Theodor" zählt zu den wirksamsten und erfolgreichsten lustigen Stücken, die seit Jahren über die Szene gingen und hat an fast allen deutschsprechenden Bühnen Dank seiner überaus drastischen Situationskomik und den witzigen Dialog durchschlagende Lacherfolge erzielt.

Sonntag, den 20. Februar halb 3 Uhr nachmittags „Tannhäuser" von Richard Wagner. (Außer Dauer- und Stammsitz) Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß diese Vorstellung pünktlich um halb 3 Uhr beginnt. — Abends halb 8 Uhr erste Wiederholung des übermütigen Schwankes „Der müde Theodor" von Max Neal und Max Ferner. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Troppauer Brief.

Nach längerer Zeit will ich wieder einmal berichten, was es bei uns Berichtenswertes gibt. Am 6. Jänner veranstaltete ein kleines Komitee eine kleine und sehr gelungene Unterhaltung im „Promenaden-Restaurant", deren Reinerträgnis von fast 2000 Kr. dem J. N. F. und dem Bebliotheksfond zu gleichen Teilen zufielen. — Am 17. Jänner fand die Generalversammlung des „Jeschurim" statt. Das wichtigste Ergebnis ist die Neuwahl der Leitung, die jetzt in den Händen Rabb. Dr. Friedmanns als Obmannes und L.-G.-R. Dr. Wagners als seines Stellvertreters liegt. Interessant ist die Tatsache, daß das N. F. Kontingent — einschließlich einer Zahl Aktien der Kolonialbank und eines infolge verspäteter Absendung erst für das laufende Jahr verrechneten Betrages mit einem Gesamtbetrage von mehr als Kr. 30.000 um ca. 50% überschritten wurde. — Der scheidende Obmann-Stellvertr. Dr. Grün wird zum Danke für seine pflichtgetreue Mitarbeit über einstimmigen Beschluß der G. V. ins „Goldene Buch" des J. N. F. eingetragen. — Die Vereinsabende des „Jeschurum" finden allwöchentlich Montag, 8 Uhr abends im Saale der Kultusgemeinde statt, an einzelnen gibt es spezielle Vorträge, sonst immer Referate und Diskussionen über zionistische und allgemein jüdische Fragen. Hie und da sollen auch Proben jungjüdischer Literatur gelesen werden. — Vom „Lesen" ist es nicht mehr weit zur „Bibliothek", die sich dank der beispiellosen Mühewaltung ihres Gründers in geradezu prächtiger Weise entwickelt hat und nicht nur von der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung, sondern auch von vielen nichtjüdischen Angehörigen der Intelligenz unserer Stadt eifrig benützt wird. Geringerem Interesse begegnet leider das Lesezimmer, obwohl gerade dort durch eine große Zahl jüdischer Zeitschriften Gelegenheit gegeben ist, sich über die aktuellen Probleme des Judentums zu unterrichten. Neben den „Jeschurum-Abenden", die in einzelnen Fällen dem „Jüd.-lit. Vereine" für seine Vortragsabende zur Verfügung gestellt werden, sind die „Gibel-Abende" zu nennen, die allwöchentlich am Donnerstag abgehalten einer Zahl eifriger Hörerinnen durch regen Gedankenaustausch das Verständnis eines vorgelesenen Bibelabschnittes vermitteln. Die „Judenfrage" wird nicht vernachlässigt, insbesondere Herr L.-G.-R. Dr. Wagner hat mit der Jugend Fühlung gewonnen, „Blau-weiß" wird sich neu entwickeln und das Turnen im neugegründeten „Jüd. Turnverein" eifrig gepflegt. — Eine „Chamischah aßar bischwat-Feier" der „Blauweißen" im Sitzungssaale der Kultusgemeinde brachte Paläftina-Tänze und hebräische Lieder. Um das Gelingen hat sich Frl. Mela Schlesinger außerordentlich verdient gemacht.

Ueber Hebräisch-Kurse und -Lernen vielleicht nächstens einmal ausführlich. Lo

*

Israelitische Kultusgemeinde Troppau.

Zl. 106.

Tagesordnung

für die Sitzung des Ausschusses der israelit. Kultusgemeinde in Troppau am

Dienstag, den 22. Februar, 8 Uhr abends

1. Wahl zweier Verifikatoren.
2. Bericht des Vorstehers.
3. Rechnungsabschluß pro 1920.
4. Bericht des Revisionskomitees.
5. Steuerreklamationen.

Vorstand der israel. Kultusgemeinde Troppau
Der Vorsteher: Gust. Finzi.

Olmütz.

Der jüdische Sportklub Hakoah veranstaltet am 20. Februar 1921 um 8 Uhr abends im städtischen Redoutensaale in Olmütz eine große Akademie.

Das Fest dürfte bei Weitem alles übertreffen, was in den letzten Jahren bei Akademien dargeboten wurde. Es haben erstklassige Künstler ihre Mitwirkung zugesagt und zwar kommen unter anderen der berühmte Prager Bariton Herr Max Kriener, weiters der bekannte Prager Komiker Herr Siegfried Hofer und die junge Olmützer Künstlerin Frl. Irene Grätzer, die bereits in Wien bedeutende Erfolge errungen hat.

Der Redoutensaal mit allen seinen bedeutenden Nebenräumen wird eine feenhafte Dekoration tragen und der untere große Garderobensaal wird zu einer neuartigen Bar umgewandelt, in der eine Original Wiener Barmusik zu hören sein wird.

Außerdem findet zum erstenmale ein mondänes Tanztournier statt.

Zu diesem Tournier sind zugelassen: One-step, Foxtrott, Boston.

Nennungen nimmt bis 18. Februar 1921 Herr Ing. Leo Deutsch, Olmütz, Denisstraße 45 entgegen. — Beitrag pro Paar 100 Kr.

Die wertvollen Preise werden ab Montag, den 14. ausgestellt sein.

Der Vorverkauf begann Mittwoch, den 9. im Kinderkonfektionsgeschäfte des Frl. Emma Jellinek, Olmütz, Willsonplatz Nr. 1.

Mit Rücksicht auf die außerordentlichen Kunstgenüsse, die die Besucher bei dieser Unterhaltung erwarten und mit Rücksicht darauf, daß dieses Fest zur Erhöhung des Ansehens der Hakoah in Olmütz veranstaltet wird, rechnet die Vereinsleitung mit einer möglichst großen Beteiligung aller benachbarten jüdischen Vereine, die hiemit herzlichst eingeladen sind.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oberfurt.